

Wegzugspreis:

Vom 2.-15. Sept. 2 Millionen Mark... Ausgabezahlbar. Unter Kreuzband vom 9.-15. September für Deutschland, Danzig, Saar- und Weimargebiet sowie Österreich u. Zuzugung 2.500.000 Mk. für das übrige Ausland 2.700.000 Mk. Postbezugspreis freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siebung und Kleingarten“ erscheint wochentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Anzeigenpreis:

Die einspaltige Nonpareilzeile kostet 300 000 Mk. Restzeile 4000 000 Mk. „Aleine Anzeigen“ sind festgedruckte Wort 200 000 Mk. (zwei Spalten) zwei festgedruckte Worte, jedes weitere Wort 130 000 Mk. Einzeile ohne das erste Wort 130 000 Mk., jedes weitere Wort 100 000 Mk. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnement Seite 80 000 Mk.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckgeschäft, Berlin S.W. 6, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestirnt von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3 Kernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295 Verlag: Dönhofs 2506-2507

Donnerstag, den 13. September 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3 Bankkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der D.D.T.-Gesellschaft, Postfach 100, Lindenstraße 3

Wir zahlen - darum räumt!

Rede des Reichskanzlers vor den Vertretern der deutschen Presse.

Der Reichskanzler Dr. Stresemann hat gestern auf dem Empfangsabend der deutschen Presse nicht nur gesprochen, sondern er hat auch wichtiges gesagt. Er hat mit seiner Rede von den vielberedeten Fühlungsnahmen und Vorverhandlungen den Schleier fortgezogen und hat gezeigt, wie es wirklich steht. Deutschland kapituliert nicht, um nachher zu verhandeln, sondern es verhandelt, um nicht zu kapitulieren.

Poincaré hat erklärt, bis auf weiteres das Ruhrgebiet als „produktives Pfand“ behalten zu wollen, denn der Sperling in der Hand sei ihm lieber als die Taube auf dem Dache. „Wir räumen nicht, solange wir nicht bezahlt sind.“

Stresemann antwortet: Wir werden bezahlen, aber dann müßt Ihr auch räumen und an Ruhr und Rhein den Zustand wiederherstellen, der vor dem 11. Januar bestanden hat.

Wie will Deutschland bezahlen und wie will es sofort bezahlen? Die deutsche Reichsregierung ist bereit, nicht nur auf den Reichs- und Staatsbesitz, wie es der Vertrag von Versailles vorschreibt, sondern auch auf den Privatbesitz eine Hypothek zu legen als ein reales Wertobjekt, das den Gläubigern Deutschlands zur Verfügung gestellt wird. Grundsätzlich wird die Behauptung der französischen Regierung widerlegt, daß es sich um „eine Taube auf dem Dach“, um vage Versprechungen handle. Es handelt sich um wirkliche Zahlungen, die in kürzester Frist zum Fließen gebracht werden sollen, es handelt sich, um das hinzuzufügen, um die einzige Form der Zahlung, die praktisch realisierbar ist, weil sie die Lasten, die Deutschland zu tragen hat, auf die tragfähigen Schultern und auf lange Zeiträume gleichmäßig verteilt. Sie bedeutet ein schweres Opfer, das sich in der Verleugnung der Lebenshaltung und der Härte aller Lebensbedingungen auf lange Zeit hinaus auswirken muß, aber ein Opfer, das Deutschland willig zu tragen bereit ist, um den geknechteten Brüdern die Freiheit, Europa den Frieden wiederzugeben.

Die Pariser Presse sagt: Es kann nicht verhandelt werden, solange der passive Widerstand nicht aufgehoben ist. Stresemann antwortet: Der passive Widerstand erledigt sich von selbst, sowie über Zahlung und Räumung ein Einverständnis erzielt ist.

Zwischen dem gegenwärtigen Augenblick und der Räumung liegt ein Zeitraum von vorläufig nicht absehbarer Länge. Während dieses Zeitraumes werden die Franzosen noch im Ruhrgebiet stehen, es wird aber keinen passiven Widerstand mehr geben, sondern man wird in dieser Uebergangszeit miteinander arbeiten.

Frankreich wird dann die Genugtuung haben, daß es von dem angezogenen zahlungsunwilligen Deutschland das letzte Opfer herausgeholt hat, dessen es überhaupt fähig ist. Das deutsche Volk wird aber dann sittliche Befriedigung darüber empfinden, daß es ihm gelungen ist, durch sein Opfer die Bevölkerung der besetzten Gebiete von ihren fürchterlichen Leiden zu befreien.

Was der Reichskanzler vorschlägt, ist eine Lösung. Sonst gibt es überhaupt keine. Denn die besondere Ausbeutung des Rhein- und Ruhrlandes auf Reparationskonto und die gleichzeitige Belastung der übrigen deutschen Wirtschaft mit Reparationslasten bedeutet das politische wie das wirtschaftliche Chaos. Auf diesem Wege könnten zwar territoriale Ansprüche einer übermächtigen Macht befriedigt, aber nicht Ordnung und Frieden wiederhergestellt werden.

Frankreich ist vor die Frage gestellt, ob es über einen Teil Deutschlands herrschen oder ob es bezahlt sein wird. Die französische Regierung hat stets erklärt, sie wolle keine Annexion, sondern Bezahlung. Wenn sie ihr Wort wahr machen will, dann sind wir auf dem Wege zur Verständigung. Andersfalls aber marschieren wir - so oder so - in den totalen Ruin und in Zustände hinein, die nicht nur Deutschland und Frankreich, sondern alle Völker Europas zu verurteilen ein dringendes Interesse haben.

Man wird dem Reichskanzler das Zeugnis nicht versagen können, daß er ein dornenvolles Problem mit Mut angepackt hat. Er hat sich dabei von überheblichem Leichtsinne, zu dem wahrlich nicht der allergeringste Anlaß besteht, ebenso ferngehalten wie von Würdelosigkeit. Die Haltung der Reichsregierung in der Ruhr- und Reparationsfrage wird, abgesehen von kleinen Splittern ganz rechts und ganz links, von dem gesamten deutschen Volke gebilligt und unterstützt werden.

Daß die Lösung der außenpolitischen Fragen auch den Massen der arbeitenden Bevölkerung schwere Lasten auferlegt, ist nicht zu vermeiden. Ihre Vertreter in der Regierung werden aber dafür zu sorgen haben, daß ein erträgliches Maß gewahrt bleibt. Die Steigerung der Produktion innerhalb des zur Erhaltung der Volksgesundheit notwendigen Achtsundentags wird als Notwendigkeit allgemein anerkannt. Erhöhungen der Löhne über das Friedensniveau

hinaus mögen bei den heftigen Wertschwankungen gelegentlich vorgekommen sein, sie werden aber durch sie sehr rasch wieder ausgeglichen, ja in ihr Gegenteil verwandelt. Auch Herr Dr. Stresemann, der die Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des inneren Marktes anerkannt hat, wird gewiß nicht glauben, daß durch Lieberarbeit und Unterernährung gesicherte Zustände nach innen und außen geschaffen werden könnten. Wo solche Tendenzen dennoch zutage treten sollten, wird es die Aufgabe der Sozialdemokratie sein, ihnen entgegenzutreten.

Vor allem aber ist es notwendig, den Miß des Ruhrkonflikts zu beseitigen und damit das Kampffeld wieder freizumachen, auf dem innere Meinungsverschiedenheiten ausgeglichen werden können. Hier ist die Reichsregierung auf dem rechten Weg, und wenn auf der anderen Seite ein wenig Einsicht, auf der unserer ein wenig Geduld vorhanden ist, dann ist auch wieder etwas Hoffnung erlaubt.

In der Presseabteilung der Reichsregierung fand gestern Abend auf Einladung ihres Leiters ein Empfang der Presse statt. Nach einer kurzen Begrüßungsansprache des Ministerialdirektors Kalle ergriff der Reichskanzler Dr. Stresemann das Wort zu einer längeren Rede.

Nach einigen einleitenden Worten führte der Reichskanzler aus: Wenn wir gegenwärtig die Lage betrachten, so bietet sie ein Bild äußerster Spannung auch im Innern. Unsere Finanzen sind in einer schlimmen Verfassung.

Die Wirtschaft spürt die Folgen der Abschneidung von der Ruhr, und sie spürt die Folgen einer überfüllten Preis- und Lohnpolitik. Die Preise liegen teilweise schon über den Weltmarktpreisen, die Löhne liegen vielfach über den Friedenslöhnen. Ohne Opfer sind diese Fragen nicht zu lösen. Ein Opfer für das Reich waren die Steuern, die unter der Regierung meines Amtsvorgängers vom Reichstag beinahe einstimmig bewilligt worden sind. Die Erhebung dieser Steuern fällt in schwierige Zeiten und bringt gewiß manche Unzuträglichkeiten mit sich. Die Bayerische Staatsregierung hat an die Reichsregierung den Wunsch gerichtet, daß in eine Prüfung über Erleichterungen, die auf diesem Gebiet zu gewähren seien, eingetreten werde. Diesem Wunsch werden wir willfahren. Ich darf aber darauf hinweisen, daß bereits, bevor dieser Wunsch an uns herantrat, seitens des Reichsfinanzministeriums manches nach dieser Richtung hin geschehen ist. In die Finanzämter sind bereits Anordnungen ergangen, nicht erträgliche Härten zu beseitigen, Stundung und evtl. Erlassenamenlich für Leute kleiner Vermögens- und Einkommensverhältnisse zu schaffen. Die Wirkung der Steuern wird dauernd überwacht. Wo Abhilfen unabwendbar sind, wird eingegriffen werden. Aber, wenn das auch geschehen kann, so muß man sich darüber klar sein: Wir müssen dem Staate geben, was des Staates ist. Bewußt muß, wenn auf diesem Gebiet stark eingegriffen wird, und bei Regelung der außenpolitischen Fragen wird

noch weit stärker in den Besitz und die Wirtschaft eingegriffen werden müssen, muß auch gefordert werden, daß die Arbeitsleistung gesteigert wird. Das betrifft sowohl die Frage der Arbeitsintensität wie auch die Frage der Arbeitszeit. Das Kabinett wird sich in den nächsten Tagen zunächst mit der Frage beschäftigen, wie eine Erhöhung der bergbauischen Produktion im nichtbesetzten Deutschland zu ermöglichen ist. Es ist nicht zu erörtern, wenn in 17 Schächten des Steinkohlenbergbaues im unbesetzten Gebiet die Förderung eminent zu rückgeht, anstatt der Mehrförderung, die wir brauchen, und wenn wir durch dieses Zurückgehen der Arbeitsintensität gezwungen sind, unser deutsches Geld hinzugeben, um mit fremden Devisen englische Kohle zu kaufen. Es ist niemand berechtigt, den Staat durch Minderleistung in dieser Weise zu schädigen. Die Opfer, die das Reich vom außenpolitischen Gesichtspunkt aus von der Wirtschaft in der Zukunft verlangen muß, können erst recht nicht ohne eine wesentliche Produktionssteigerung geleistet werden.

Dazu aber gehört auch, wenn die Wirtschaft in Ordnung kommen soll, eine vernünftige Preispolitik. Heute steht alles unter dem Druck einseitiger Preisfestsetzung. Die Aufrechterhaltung der Verbindlichkeit fester Preisfestsetzung ist schließlich davon abhängig, daß eine normale Preisbewegung erfolgt. Die Regierung wird den Wünschen der exportierenden Kreise in bezug auf Erleichterung der Ausfuhrkontrolle weit entgegenkommen. Aber entscheidend ist und bleibt für unsere Zukunft die Aufrechterhaltung der Konsumkraft im Innern, und nach dieser Richtung kann die Lohnpolitik, kann die Frage der Arbeitsintensität auch nicht unabhängig von der Preispolitik betrachtet werden. Der Währungsverfall ist bei uns weiter fortgeschritten, im Zusammenhang mit den Verhältnissen der deutschen Reichsfinanzen. Wir haben keine Angst davor gehabt, in bezug auf währungs-technische Mittel auch drakonische Maßregeln zu ergreifen. Aber damit ist es nicht getan. Nicht allein mit Verböten, mit Beschränkungen kann diese Frage technisch gelöst werden. Es handelt sich darum, daß daneben positive Maßnahmen erfolgen.

Ich glaube annehmen zu können, daß innerhalb der nächsten beiden Wochen die Frage des werksfähigen Geldes gelöst sein wird.

damit wir in der Lage sind, namentlich der Landwirtschaft gegenüber die Fortbewegung, die Aufnahme, und die Lieferung der Ernährung sicherzustellen.

Man hat der Regierung Vorwürfe darüber gemacht, daß sie diese Frage nicht schneller gelöst hätte. Aber bei all der drängenden Not der Gegenwart wollen wir doch nicht die Richtigkeit durch die Eiligkeit leiden lassen. Die Frage der Errichtung einer Goldnotenbank, der Errichtung irgendeiner Währung auf der Basis der Berechnung landwirtschaftlicher Erzeugnisse ist für niemanden für uns im Kabinett ein Gegenstand parteipolitischer Einstellung gewesen. Es gibt keine Parteipolitik in diesen Währungsfragen. Es sollte überhaupt keine Parteipolitik in Wirtschaftsfragen geben. Diese ganzen Fragen, bei denen es sich um so unendlich bedeutungsvolle Entscheidungen handelt, können nur rein sachlich gelöst werden, sind von uns auch nur nach rein sachlichen Gesichtspunkten gelöst worden. Wir hoffen, daß durch die Errichtung von Goldkonten bei der Reichsbank wertbeständige Kredite auch dem Rumpfe und dem Bedürfnis weiter Wirtschaftskreise nach Sicherheit ihrer Anlagen Rechnung getragen werden kann. Aber ich möchte das eine dabei betonen: Ganz falsch wäre es, diese Maßnahmen so aufzufassen, als wenn die Reichsregierung nur die Mark als solche aufgegeben hätte.

Die Mark muß Zahlungsmittel bleiben und die ganzen Maßnahmen, die hier erfolgen, gehen von dem Gesichtspunkte aus, dadurch auch irgendeine Stabilisierung der Mark wieder herzustellen, und sie geben nicht etwa davon aus, den einzelnen zu veranlassen, nun kleiner als die Mark zurückzukehren, und sich nur auf neue Wertmittel einzustellen.

Aber auch positive Mittel, wie die Errichtung einer Goldnotenbank, bringen diese Frage nicht zur Heilung. Offenheit ist besser als Illusion, und deshalb wollen wir es offen aussprechen: ohne Lösung des außenpolitischen Konfliktes ist die Finanzfrage nicht in Ordnung zu bringen, der Verfall der Mark nicht aufzuhalten, eine wirtschaftliche Gesundung nicht herbeizuführen. Die Regierung hat sich vom ersten Tage ihres Amtsantritts an

die Lösung des Ruhrkonflikts zur Aufgabe gestellt. Es war klar, daß diese Lösung nicht allein durch die Fortsetzung des passiven Widerstandes erfolgen konnte. Nachpolitisch, wie ein führendes reichshauptstädtisches Blatt es darstellt, war diese Frage nicht zu regeln. Auch der ehemalige Reichskanzler Dr. Cuno hat, wie er wiederholt versichert hat, niemals davon gesprochen, daß Verhandlungen über die Reparationsfrage erst nach Räumung des Ruhrgebietes erfolgen sollten. Das Ziel des passiven Widerstandes konnte nur sein, das Ruhrgebiet zu befreien. Eine interessante historische Parallele hat Kronprinz Rupprecht in München anlässlich einer Zusammenkunft eines dortigen Offiziersverbandes gezogen. Mit vollen Rechten betonte er, daß Selbstvertrauen nicht Selbstüberhebung sein dürfe. Er erinnerte daran, daß Friedrich der Große sich die Maximen Richelieus zur Richtschnur gemacht habe, daß dem Krieg zur Seite stets Verhandlungen mit den Feinden laufen müßten, ebenso wie er den Ausbruch des großen Preußenkriegs zitierte: „Bei widrigem Wind muß man die Segel reffen.“ Von demselben Gesichtspunkt ausgehend hat die Regierung gehandelt. Sie würde sich das größte Verdienst erwerben, wenn sie den Ruhrkonflikt soweit als möglich abzurufen könnte. Aber die bisherige Fühlungsnahme zeigt zugleich die bestehenden Schwierigkeiten.

Für uns ist entscheidend die Frage der Souveränität über das Rheinland und die Wiedergewinnung der Freiheit des Ruhrgebietes.

Dafür sind wir bereit, reale Garantien zu geben. Der französische Ministerpräsident hat kürzlich in einer Rede ausgedrückt, er zöge die positiven Sicherheiten, die Frankreich in der Hand habe, den schönsten theoretischen Rechten vor. Er beabsichtigt nicht, Forderungen gegen allgemeine Garantien auszuweichen, und er hat weiter betont, daß die Garantien, die ich in Vorschlag gebracht hätte, zu den Hypotheken gehörten, welche der Versailler Vertrag den Alliierten auf den gesamten Besitz des Reiches und der Länder gäbe. Diese Auffassung des französischen Ministerpräsidenten muß ich als irrtümlich bezeichnen. Nach dem Versailler Vertrag haften für die Verbindlichkeiten Deutschlands das Vermögen des Reiches und der Länder. Was ich in meinen Darlegungen vorgeschlagen habe, betraf die unmittelbare Heranziehung des privaten Besitzes und geht deshalb in diesem Punkte über den Versailler Vertrag hinaus. Ebenso ist aber diese Heranziehung des privaten Besitzes ein realisierbares Pfand, während die Sicherheiten des Versailler Vertrages dies derzeit nicht sind. Wenn auf Reichsbesitz und Privatbesitz der Wirtschaft als Pfandrecht an erster Stelle Hypotheken zugunsten des Reiches eingetragen werden, und zwar in Höhe eines bestimmten Prozentsatzes dieses Besitzes, so könnten diese Hypotheken als ein reales und mobiles Wertobjekt in eine Treuhändergesellschaft eingeschrieben werden, an deren Verwahrung die Reparationsgläubiger beteiligt werden könnten. Die Zinsen aus den Hypotheken würden der Treuhändergesellschaft zufließen. Diese wäre in der Lage, auf Grund der Hypotheken und der Zinsenerträge durch Ausgabe von Obligationen Anleihen aufzunehmen. Dadurch wäre die Möglichkeit gegeben, auch Frankreich sofort in den Besitz größerer Zahlungen zu setzen, ebenso wie die Zinszahlungen in angemessener Zeit fließend zu machen wären. Eine derartige Leistung ist sicherlich kein theoretisches Recht und keine allgemeine Garantie, sondern eine reale Tatsache. Sie ist frei von Zweideutigkeit.

Sie kann Frankreich in den Besitz von Zahlungen setzen, wodurch die von französischer Seite aufgestellten Forderungen für die Rückerstattung des Ruhrgebietes erfüllt wären.

Sie bedingt zu ihrer Verwirklichung die Wiederherstellung Deutschlands über das Rheinland, die Wiederherstellung seiner Souveränität über das Rheinland. Sie ist geeignet, die Frage des passiven Widerstandes zu erledigen, wenn man uns die Sicherheit dafür gibt, daß auf Grund einer solchen Vereinbarung das Ruhrgebiet geräumt wird, und im Rheinland die alten Rechte wiederhergestellt werden. Gibt man uns die Sicherheit, daß jeder, der Rhein und Ruhr seine Heimat nennt, frei der Heimat wiedergegeben wird, so besteht kein Grund mehr dagegen, dieses große, einst blühende Wirtschaftsgebiet seiner alten Arbeitsrendigkeit wieder zurückzugeben. Ich hoffe in die Möglichkeit einer solchen Regelung, Frankreich hat durch seinen Ministerpräsidenten wiederholt erklärt, daß es keine Annexionen beabsichtigt, daß es nicht an der Ruhr zu bleiben gedenke. England befindet sich mit dieser Auffassung sicherlich in Übereinstimmung. Belgien würde die Wiederherstellung normaler wirtschaftlicher Verhältnisse sicherlich begrüßen, und wir sind überzeugt davon, daß auch die Auffassung Italiens sich in derselben Richtung bewegen wird. Für uns ist die Frage, ob die deutsche Wirtschaft die ihr zugemessene Belastung tragen können. Wir wissen, in welcher schweren Zeit wir uns befinden, aber ich darf mit Genugtuung darauf hinweisen, daß dem gegenwärtigen Kabinett von führenden Persönlichkeiten der Wirtschaft Leistungen angeboten worden sind in der Höhe, die uns die Ausführung der heute von mir vorgeschlagenen Zahlungen ermöglichen wird. Wenn es um die Entscheidung geht zwischen Freiheit des Landes oder Besitz des einzelnen, so müssen wir hoffen, daß die deutsche Wirtschaft sich nicht niedriger einstellt als jene ostpreussische Bondschafft, die einst durch Hingabe ihres Besitzes als Pfand für den Staat Preußen die Abtragung einer großen Kriegsschuldung ermöglichte, und die 100 Jahre gebraucht hat, um diese Verbindlichkeiten zu amortisieren, dafür aber auch ein leuchtendes Beispiel väterländischer Pflichterfüllung gegeben hat. In der von mir vorhin erwähnten Rede des Kronprinzen Rupprecht in München findet sich der gute Satz: „Es handelt sich jetzt nicht um dynastische Fragen, es handelt sich um die Existenz von Reich und Land.“ Es handelt sich darüber hinaus auch nicht um Fragen der Parteipolitik, um Einzelinteressen von Berufsständen, sondern um das Leben und Sterben des deutschen Volkes. Irgendeine Verständigung ist allerdings davon abhängig, ob man glaubt, daß eine Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland

geschaffen werden kann, auf der sich eine solche Verständigung aufbauen läßt. Ob sie möglich ist, ist eine Frage, die ich nur vom deutschen Standpunkt aus beantworten kann, jedenfalls ist sie notwendig. Der französische Ministerpräsident hat in seiner letzten Rede hingewiesen auf die Art und Weise, in der einst nach dem Kriege 1870/71 die Verhältnisse zwischen Frankreich und Deutschland wieder geregelt worden sind und hat mir empfohlen, die Korrespondenz zwischen Thiers und dem Grafen Saint-Basile mit dem Generalfeldmarschall von Manteuffel nachzulesen, um daraus Folgerungen für die deutsche Einstellung gegenüber dem Frankreich der Gegenwart zu ziehen. Mir ist diese Korrespondenz wohl bekannt und ich darf darauf hinweisen, daß gerade diese Korrespondenz davon zeugt, daß Deutschland als aufstrebende Macht nach einem gewonnenen Kriege sich sehr wohl bewußt war, daß ein friedliches Nebeneinanderwohnen von Nationen auch die Schonung berechtigter Empfindlichkeiten im Verkehr der Nationen in sich trägt. Graf Saint-Basile schreibt dem Ministerpräsidenten Thiers unter dem 2. März 1873, daß er mehr als jemals die Art und Weise des deutschen kommandierenden Generals Frankreich gegenüber leben müsse, der ihm von seiner Bestimmung mehr als eine Probe gegeben habe, und der unter starkem Druck seine Truppen trotz gewisser Widerstände in Barackenlagern untergebracht hätte, um die französische Bevölkerung zu schonen.

Dem deutschen Generalfeldmarschall gebührt, wie Graf Saint-Basile in einem anderen Briefe vom 23. September 1873 versichert, eine Seite aufrichtiger Dankbarkeit in den französischen Annalen. Die Art der Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen zwei Nationen nach einem sprichwörtlichen Kriege trifft vielleicht noch mehr, als in diesem Briefwechsel, in den Memoiren des ersten Vorkämpfers der französischen Republik in Berlin de Contant-Biron zutage, der fortgesetzt in der Wege ist, darüber zu berichten, wie sehr Deutschland sich bemühte, der Periode des Krieges die Ära des Friedens folgen zu lassen. Bei der Anteilnahme des französischen Botschafters beim deutschen Kronprinzen fiel die Bemerkung: „Glücklicherweise ist der Krieg zu Ende. Jetzt gilt es den Frieden zu erhalten.“ „Man will den Frieden“, so klingt es aus den Berichten des Botschafters nach Paris wieder, und von dem ersten Bismarck sagt Thiers in einem Brief an den französischen Botschafter mit Recht, „daß große Geister stets ein gewisses Maß von Gerechtigkeit besitzen, das bei geborener Gelegenheit zutage tritt.“ Und wenige Tage darauf legt er diesen Gedanken über die damalige Politik des deutschen Reichstanzlers fort mit den Worten: „Danken Sie Herrn von Bismarck, daß er auf unsere Wünsche eingegangen ist. Um zu tun, was er getan, mußte man den Preis im Auge haben, und dieser Preis ist erungen worden. Er besteht in der wesentlichen Bewahrung der nationalen Leidenschaften als der besten Garantie für den Frieden.“ Und ein letztes Zitat aus jener Zeit: Am 20. März 1873 schrieb der französische Außenminister de Cambon an seinen Botschafter in Berlin: „Wir werden nun, soweit wie möglich, in unseren alltäglichen Beziehungen mit Preußen etwas Ruhe einleiten lassen und beweisen, was wir immer ausgesprochen haben,

daß die Räumung des Gebietes erst den Frieden vollenden und besiegeln werde. Die Okkupation ist, solange sie dauert, ein Bild des Krieges.“

Wenn heute unter anderen Verhältnissen Deutschland, das bereit ist, die Folgerungen aus einem verlorenen Kriege auf sich zu nehmen, dem Frankreich der Gegenwart gegenübersteht, so möchte ich wünschen, daß auch diejenigen Persönlichkeiten, in deren Hand heute mehr als das Geschick Frankreichs liegt, von deren Entschlossenheit die Ruhe und die Besriedigung Europas abhängt, sich von dem Gesichtspunkt lösen lassen mögen, daß es auch jetzt gilt, den Frieden zu wollen, den Frieden zu erhalten durch eine Politik der Gerechtigkeit, die geeignet ist, nationale Leidenschaften zu beschwichtigen und damit die Garantie für einen wirklichen Frieden zu geben. (Stürmischer Beifall und Häuderklassen.)

Die Erfassung der Ausfuhrdevisen.

Wie die Export-Korrespondenz erzählt, hat der Reichswirtschaftsminister v. Kaumer dem Reichsrat den Entwurf einer Verordnung auf Grund des Reichsgesetzes (Wahnnahmen zum Schutze der Währung) zugehen lassen, die den Zweck verfolgt, die Ausfuhrdevisen vollständiger und schärfer als dies bisher möglich war, für die Zwecke des Reiches verfügbar zu machen. Insbesondere auch, soweit es sich um ausfuhrfreie Waren handelt.

§ 1 der Verordnung stellt den Grundsatz auf, daß Ausfuhr nur gegen Berechnung und effektive Bezahlung in hochwertigen Werten stattfinden darf. Grundsätzlich ist die Währung des Bestimmungslandes zugelassen. Darüber hinaus soll in den vier gebräuchlichsten internationalen Edelmetallwährungen, dem Dollar, dem englischen Pfund, dem holländischen Gulden und dem schweizer Franken fakturiert werden dürfen.

§ 2 schreibt vor, daß die Gegenwerte von Exporten nur im Interesse der deutschen Wirtschaft verwendet werden dürfen.

§ 3 bringt eine Ergänzung der Verordnung des Reichspräsidenten über Devisenerfassung vom 7. September 1923, in der der Grundsatz aufgestellt ist, daß jeder der ausländische Zah-

lungsmittel hat, sie auf Verlangen des Kommissars für Devisenerfassung abzuliefern hat. Im § 3 des Verordnungsentwurfes werden zunächst als Mindestsatz der Ablieferung von ausländischen Zahlungsmitteln 30 Proz. des Ausführgegenwertes bestimmt.

Zugleich wird im § 4 dem Kommissar für Devisenerfassung die Befugnis gegeben, diesen Satz zu erhöhen oder zu ermäßigen. Als Gegenwert für die abzuliefernden Devisen soll entweder Papiermark oder Reichsgoldbanknote oder Guldenschein auf Goldkonto bei der Reichsbank genährt werden.

§ 5 enthält Bestimmungen über ein Verordnungsverfahren und sieht vor, daß die Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Verordnung mit Ordnungsgeldern geahndet werden sollen, die im Einzelfall nicht mehr als 10 000 M. Gold betragen sollen. Die Verordnung soll mit dem auf ihre Verkündung folgenden Tage in Kraft treten.

Währungsdebatte im Reichswirtschaftsrat.

Der Reichsfinanzminister und der Reichswirtschaftsminister gaben am Mittwoch in einer gemeinsamen Sitzung des währungs- und finanzpolitischen Ausschusses des Reichswirtschaftsrates Erklärungen über die beabsichtigte Währungsreform und die Devisenfrage ab. Diese Erklärungen werden erst im Laufe des heutigen Nachmittags der Presse übergeben.

Die Mark in New York.

Unter dem Druck der starken Devisennachfrage in Deutschland hat sich die Mark an den Auslandsbörsen weiter verschlechtert. An der New Yorker Börse ergab sich, umgerechnet auf Berliner Parität, für den Dollar ein Preis von 114,38 Millionen Mark nach dem Geld- und ein solcher von 100 Millionen Mark nach dem Briefkurs.

Die Mark in Basel gekröhen.

Basel, 12. September. (E.P.) Die deutsche Mark wird wegen ihrer vollständigen Verknappung an der Basler Börse in Zukunft nicht mehr notiert. Bereits heute kam eine Notierung für die Mark nicht mehr heraus.

Die Mark teilt damit das Schicksal des Sowjetrubels, der an den Auslandsbörsen gleichfalls nicht mehr notiert wird. Diese Tatsache muß wie ein Alarmzeichen auf die verantwortlichen Regierungsstellen wirken und sie veranlassen, alles aufzubieten, um den weiteren Abbruch der Mark aufzuhalten. Wird die Mark im Ausland unverkäuflich, ohne daß ein anderes Zahlungsmittel vorhanden ist, so muß die deutsche Wareneinfuhr und damit die Lebensmittelversorgung auf die größten Schwierigkeiten stoßen. Darum, es ist diese Zeit mehr zu verlieren!

Die Krise in Thüringen.

Aufruf der thüringischen Sozialdemokratie.

Weimar, den 12. September. (Eig. Draht.) Der Kettekerauspruch des Thüringischen Landtages hat am Mittwoch beschlossen, die nächste Sitzung am kommenden Mittwoch, den 19. September abzuhalten. Auf der Tagesordnung steht als erster Punkt die Neuwahl der Regierung und zweitens „Auflösung des Landtages“. Die sozialdemokratische Fraktion ist der Auffassung, daß in Anbetracht der schwierigen Gesamtlage eine Auflösung des Landtages nach Möglichkeit vermieden werden soll. Ob es gelingt, zur Neuwahl der Regierung zu schreiben, steht vorläufig noch in Zweifel. Unsere Genossen haben inzwischen mit der kommunistischen Partei Thüringens Fühlung genommen. Bezirksvorstand und Landtagsfraktion richteten einen Aufruf an die arbeitende Bevölkerung Thüringens und die Mitglieder der Partei, in dem es heißt: „Anstatt den sich immer mehr steigenden Kampf der bürgerlichen Parteien in Gemeinschaft mit der Sozialdemokratie abzuwehren, versuchten die Kommunisten durch wechselnde Angriffe auf die einzelnen Minister, die in der kommunistischen Presse durch eine Flut von Berleumdungen besonders unverantwortlicher Elemente begleitet waren, die Regierung zu unterhöhlen. Trojdam war die Vereinigte Sozialdemokratie bereit, mit den Kommunisten im Interesse der Arbeiterklasse weiter zusammenzuarbeiten. Schon einmal drohte die gemeinsame Arbeit zusammenzubrechen, als die Kommunisten, gezwungen von Moskau, Forderungen stellten, die eine selbständige Partei nicht erfüllen konnte. Auf Grund eingehender Vorschläge der Sozialdemokratie wurde im Mai und Juni d. J. wochenlang mit den Kommunisten verhandelt. Die Kommunisten wollten keine Verständigung. Sie brachten in die letzte mündliche Verhandlung eine fertige schriftliche Abgabe mit. Ihre Zustimmung vom 11. September ist das offene Bekenntnis des damals schon begonnenen Arbeiterverrats. Unbeirrt, das Gesamtinteresse der Arbeiterklasse und das Wohl des Volkes im Auge, setzte die sozialdemokratische Regierung ihre Tätigkeit fort. In rastloser Arbeit schaffte sie die Grundlage für eine freihetliche Selbstverwaltung der Gemeinden und für eine moderne Erziehung, gestützt von einer öffentlichen Wohlfahrtspflege, begründete eine gemeinwirtschaftliche Ausnutzung der Energiequellen des Landes, seiner Forsten und Domänen und milderte durch eine weitgehende Anwendung des Begnadigungsrechtes die Auswüchse der Justiz. Voraussetzung ihrer Tätigkeit war ein harter Schutz der Republik. Wir wissen, daß trotz dieser Maßnahmen die Not größer und größer geworden ist, wir wissen aber auch, daß unsere Genossen in der Regierung das Menschenmögliche getan haben, um diese Not zu lindern. Unabhängig wirkten sie auf die Reichsregierung ein, den Ruhrkampf zu beenden und verlangten, die durch den Ruhrkampf vermehrte Not — vor allem bei den Erwerbslosen, Sozial- und Kleinrentnern — zu beseitigen. Von den Kommunisten hängt es jetzt ab, ob Thüringen eine neue Regierung erhält, die wie die bisherige eine Regierung des arbeitenden Volkes bleibt. Die bürgerlichen Parteien haben den Antrag auf Auflösung des Landtages gestellt. Weigern sich die Kommunisten, verfassungsmäßig eine Arbeiterregierung zu bilden, so sind neue Wahlen unermidlich.“

Zeigner / Gefler.

Ueber die gestrige Besprechung in der Reichskanzlei über den Konflikt Zeigner-Gefler wird folgende amtliche Mitteilung ausgegeben:

An der Sitzung, die vier Stunden dauerte, nahmen neben einer größeren Anzahl anderer Herren sämtliche Kabinettsmitglieder, die der Sozialdemokratischen Partei angehören, teil. Das umfangreiche Material wurde eingehend geprüft, und die Prüfung führte zu einer vollständigen Übereinstimmung unter den anwesenden Konferenzmitgliedern. Von der Reichsregierung ist und wird alles geschehen, um diesen gerade in der gegenwärtigen Zeit sehr störenden Konflikt aus der Welt zu schaffen. Es ist zu hoffen, daß in gleichem Sinne von der Gegenpartei gehandelt wird, und daß dann die Utten über den Zwischenfall endgültig geschlossen werden können.

Von einer sächsischen Regierungsstelle wird dagegen dem Dresdener Korrespondenten des „Berl. Tagebl.“ versichert, bei den ganzen

Misverständnissen handele es sich nicht um persönliche Konflikte, sondern um grundsätzliche Fragen, da die sächsische Regierung in dem Verbleiben Geflers und dem Weiterbestehen der Verbindung der Reichswehr mit Geheimorganisationen eine Gefahr für die Republik sehe.

Herrn v. Graefes Diktaturangst.

Der deutschösterreichische Herr v. Graefe hat an den Reichspräsidenten ein Schreiben gerichtet, in dem er schleunige Einberufung des Reichstags verlangt, damit dieser über die Devisenordnung beschließen könne. Die Devisenordnung ist auf Grund des Art. 48 der Reichsverfassung erlassen, sie muß also aufgehoben werden, wenn der Reichstag es verlangt. Bestände die geringste Wahrscheinlichkeit dafür, daß der Reichstag dieses Verlangen stellen würde, so wäre seine schleunige Einberufung allerdings notwendig. Da aber diese Wahrscheinlichkeit nicht gegeben ist, wäre die Einberufung eine leere Formlichkeit.

Herr v. Graefe benützt die Gelegenheit, um über die Entwicklung zur Diktatur bittere Klage zu führen, wobei auch auf die Deutschnationalen ein Seitenhieb abfällt. Denn Herr v. Graefe schreibt:

Die Führer sämtlicher Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten bilden diese Entwicklung erstaunlicherweise, indem sie sich durch persönliche Besprechungen beim Reichstanzler abfinden lassen.

So muß Herr v. Graefe allein für den Parlamentarismus, den er so sehr liebt, wenn er selber reden kann, und für die bedrohten Interessen der Devisenbesitzer in die Schranken reiten — wenn nicht etwa die Kommunisten noch nachkommen.

Hakenkreuzlers Sehnsucht.

„Nacht für 1918!“

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Seit dem militärischen Aufmarsch der Hakenkreuzler aller Schattierungen in Nürnberg führen die Münchener Mittelungsblätter der einzelnen Organisationen eine außerordentlich herausfordernde Sprache. Allen voran „Das Heimatland“, das zum Organ der ehemaligen Einwohnerwehr, zu dem der „Vaterländischen Kampfbünde“ und dann zum Sprachrohr aller früheren Offiziere geworden ist, die bekanntlich in München die fanatischsten Lobkinder der Republik sind. In anerkannter Offenheit schreibt dieses Blatt am Mittwoch: „Das große Ziel der deutschen Freiheitsbewegung ist die Nacht für 1918. Und darum die Herrschaft von Nürnberg, die nicht etwa den Zweck hatte, dem alten Jange der Deutschen zum Soldaten spielen zu lassen, sondern den Zweck, die waffenfähige, national und völkisch eingestellte Bevölkerung, die Schur um Schwarz, weißrot und Weißblau, für den Tag der Abrechnung zu sammeln.“ — Auch sonst wird der Stimmung in diesen Kreisen unerschrockener wie früher Ausdruck gegeben. Die Regierung Stresemann wird als die unmittelbare Wegbereiterin der Bolschewisierung Norddeutschlands angesehen. Eine Verständigung mit Frankreich im Ruhrkonflikt wird als der Hebel betrachtet, der die unmittelbare Erhebung der nationalen Bevölkerung gegen das „jüdische“ Berlin auslöst.

Totengräber der Arbeiterbewegung.

Kommunistisch-faschistische Verbrüderung in Bayern.

München, 12. September. (Eigener Drahtbericht.) Neureudings ist in einer Reihe südbayerischer Großbetriebe die Wählerarbeit kommunistisch-faschistischer Propagandateure festzustellen. Sie suchen die Arbeiter zur Gründung roter Hundertschaften zu veranlassen und die Vertrauensleute der Belegschaften in einem sogenannten Aktionskomitee zusammenzufassen. Manmäßig versuchen sie auch in den Gewerkschaften vorzudringen, was besonders deutlich in einer am Dienstagabend hier abgehaltenen Versammlung der freien Gewerkschaften in Erscheinung trat. Der Andrang zu dieser Versammlung, die im Zirkus Krone, der Domäne Hitlers, stattfand, war so gewaltig, daß lange vor Beginn wegen Ueberfüllung die Tore des Zirkus polizeilich geschlossen werden mußten. Tausende fanden keinen Zutritt mehr.

Als Referent behandelte Genosse Vogel aus Nürnberg, Mitglied des Reichstages, in sachlichen Ausführungen sämtliche Fragen der gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Not. Schon während seines Referates mochten sich deutlich erkennbare Störungsversuche einer organisierten Opposition bemerkbar, die sich während der Diskussion so weit steigerten, daß der Reichstagsabgeordnete unterleitener als Redner niedergeschrien wurde. Als nach Schluß der Rednerliste über eine Entschließung abgestimmt werden sollte, veranstalteten die Kommunisten einen Skandal und zogen unter Johlen und Pfeifen aus der Arena ab, als plötzlich vom Ausgang der Ruhe wie „Mörder, Hakenkreuzler“ und „Hitler kommt“ ertönt. Dadurch entstand ein beabsichtigter Tumult, der aber durch die unerhörte Haltung unserer Sicherheitsbehörden noch in seine Schranken zurückgewiesen wurde. Eine Reihe offenkundiger Propagandateure hatte sich daran beteiligt, Hakenkreuzler und Leute mit schwarzweißroten Armbinden mit dem darauf befindlichen Kompanieabzeichen der Hitlerischen Sturmtruppe. Das ist wieder ein schlagender Beweis von der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen den Nationalisten und den Kommunisten.

Der Störungserfolg ist deswegen besonders bedauerlich, weil das ganze reaktionäre München gerade diese Versammlung der Arbeiterklasse mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgte, um an ihr die eigenen Siegesaussichten abzumessen.

Der Schutz der Republik.

Verbot der „Nationalsozialistischen Partei Groß-Deutschland“.

Nach einer Münchener Pressemeldung soll sich die für Preußen durch den vom Staatsgerichtshof zum Schutze der Republik bestätigten Erlass des preussischen Ministers des Innern vom 11. November 1922 verbundene Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei fortan „Nationalsozialistische Partei Groß-Deutschland“ und ihre Sturmabteilungen „Vaterländischer Schutzbund“ nennen. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ersucht der Minister des Innern in einer Verfügung, etwaige Unternehmungen der verbotenen Partei in Preußen auch unter diesem Namen mit polizeilichen Maßnahmen zu verhindern und gegen Veranstalter und Teilnehmer gemäß § 10 Abs. 2 des Republik-Schutzgesetzes bei der örtlich zuständigen Staatsanwaltschaft das Strafverfahren anhängig zu machen. Am Schluß der Verfügung ruft der Minister den nachgeordneten Behörden seine Verfügung vom 10. Januar 1923 über das Verbot der Großdeutschen Arbeiterpartei in Erinnerung.

Bei den Zusammenstößen in Dresden zwischen Arbeitlosen und Polizei haben 13 Personen Verletzungen davongetragen. Wie die Krankenhäuser mitteilen, ist keine der Verletzungen lebensgefährlicher Natur. Die Geschäfte im Zentrum und in der Nähe des Rathauses haben ihre Türen geschlossen.

Hermannschlacht und Schulaufsicht.

Genosse Dr. Erich Witte schreibt uns:

Während die staatspolitische Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Nationalen Volkspartei in einer Eingabe an den Reichskanzler gefordert hat, daß jetzt besonders Dramen wie Kleists „Hermannschlacht“ aufgeführt werden, hat das deutsche Friedenskartell, zu dem auch der „Bund entschiedener Schulkremler“ gehört, dem preussischen Kultusminister dargelegt, daß die Auf-führung jenes Dramas durch Schüler aus pädagogischen und aus nationalen Gründen eine ernste Gefahr sei. Denn dadurch werde eine Stimmung erzeugt, die während der Befreiung des Ruhrgebiets durch die Franzosen und Belgier schädlich sei.

Ich halte die Bedenken des Friedenskartells für berechtigt. Wenn aber der Bund entschiedener Schulkremler statt der Vor-träger, die er in den verschiedensten Städten Deutschlands ver-anstaltet, einmal „Die Hermannschlacht“ durch seine eigenen Mit-glieder aufzuführen lassen würde? Ich glaube, daß viele anwesende Lehrer nicht nur an die Befreiung des Ruhrgebiets vom franzö-sischen Imperialismus denken würden, sondern noch an eine ganz andere Befreiung, die sich nicht auf einige Gebiets-teile zu beschränken hätte. Nämlich an die Befreiung der Schulen vom Militarismus der preussischen Schulaufsichtsbehörden, jener Maschine, die unter ihren Rädern oft erbarmungslos geistlich und geistig Lehrer zu zermalmen droht, welche den Eid auf die republikanische Staatsverfassung nicht nur mit der Hand und mit der Lippe, sondern auch mit dem Herzen geleistet haben, welche es daher für ihre Pflicht halten, die Jugend im Geiste von Weimar zu erziehen oder welche von ihrem Recht Gebrauch machen, sich als Mitglieder einer republikanischen Partei außeramtlich zu betätigen.

Was soll man dazu sagen, wenn das Berliner Provinzial-schulkollegium einem Studienrat A. einen Verweis erteilt hat, weil er Schüler, die in einem Aufsatz den politischen Marsch verherrlicht und das Schicksal Deutschlands nach einem deutschstämmigen Besieger zum Ausbruch gebracht haben, mit Recht in seiner Korrektur er-sucht hat, ihre Anschauungen nachzuprüfen, da diese an die Organisation C. erinnern. (Mitge-teilt im „Vorwärts“, Nummer vom 22. August 1923.) Trotz der eigentlich selbstverständlichen Ministerialvorschrift, daß der heran-wachsenden Jugend der Grundged. eingepreßt werden muß, daß „geistige Kämpfe nur mit geistigen Waffen, nicht aber mit brutaler Gewalt ausgekämpft werden“ müssen. Was würde das Provin-zialschulkollegium sagen, wenn Schüler den Attentäter Robiling oder den Mörder des Erzherzogs Franz Ferdinand verherrlicht hätten? Man kann doch nicht annehmen, daß das Berliner Pro-vinzialschulkollegium, dessen Mitglieder von der Republik ihr Brot erhalten, einen Unterschied zwischen der Ermordung von Bürgern und der von Fürsten macht?

Die Geschichte weist eine Fülle von Fällen auf, wo Leute drangsalieren wurden, die mit ihren politischen Anschauungen oder mit ihrem religiösen Glauben in einem Staat in der Minderheit waren: Katholiken in protestantischen, Protestanten in katholischen, Christen in mohammedanischen Ländern, die Männer, die vor 100 Jahren für ein einheitliches Deutschland eintraten, von den deut-schen Fürsten. Ist jetzt zum erstenmal in der Geschichte der Mensch-heit der Fall eingetreten, daß Leute zu Märtyrern werden, weil sie sich zu der bestehenden Staatsform und zu den Anschauungen der Mehrheit des Volkes bekennen? Daß Lehrer einen Verweis erhalten, weil sie ihren Unterricht der Verfolgung und den bestehen-den Bestimmungen gemäß erteilen?

Als Milderungsgrund für das Verhalten des Provinzialschul-kollegiums kann man den Umstand anführen, daß der Deputierte jener Schule, der Bruder des kaiserlichen Reichs-kanzlers Michaelis, ein Utopist ist, und er vielleicht an Cäsar dachte, der ermordet wurde, weil er der Republik ge-fährlich wurde. Aber geht nicht aus der Reichsverfassung, die in den deutschen Schulen durchgenommen werden muß, hervor, daß politische Persönlichkeiten, die der deutschen Republik gefährlich werden, auf anderem Wege als durch Ermordung aus dem öffent-lichen Leben entfernt werden können, nämlich durch die Volksover-tretung, durch den Staatsgerichtshof oder durch eine Volks-abstimmung?

Man macht sich in der Öffentlichkeit keine rechte Vorstellung, welche Mittel angewandt werden, um republikanische Lehrer zu drangsalieren und welche Erbitterung sich dieser oft bemächtigt. Republikanische Lehrer werden, wenn sie an die „Hermannschlacht“ denken, gleichzeitig sich dieser Drangsal erinnern und begeistert in Kleists Werke einstimmen:

Wir übten nach der Götter Lehre
Uns durch viel Jahre im Verzeihn.
Doch endlich brüdt des Joches Schwere
Und abgeschüttelt will es sein.

Erhöhung der preussischen Stempelsteuer.

Der preussische Finanzminister hat eine Verordnung erlassen, nach der ab 16. September d. J. die Wertsteuerverpflichtung für alle nicht in Bruchteilen des Wertes, sondern in bestimm-ten Beträgen ausgedrückten festen Stempelfähigen einschließlich aller höchst- und Mindeststempel von 5000 auf 1 Million erhöht wird. So beträgt z. B. der im Stempelverpflichtung für Ausfertigungen, Notariatsurkunden, Zeugnisse usw. vorgeschriebene Stempel von 3 M. in Zukunft 3 Millionen M. Die Freigrenze für Urkun-den über Gegenstände, die nach Geld schätzbar sind, wird von 500 000 M. auf 100 Millionen M. erhöht. Dienst- und Ar-beitsverträge sollen unter den sonst vorgeschriebenen Vor-aussetzungen in Zukunft stempelfrei sein, wenn der Jahresbetrag der Gegenleistung 5 Milliarden (bisher 30 Millionen) nicht über-steigt. Der Mindestbetrag der Stempelsteuer erhöht sich von 3000 M. auf 500 000 M. Höhere Stempelbeträge sind immer auf je 100 000 M. nach oben abzurunden.

Stempelmarken über höhere Werte, insbesondere solche über 3 Millionen Mark werden voraussichtlich in wenigen Tagen zur Ausgabe gelangen.

Erhöhung der Postgebühren.

250 000 Mark ein Fernbrief.

Die ungeheure Geldentwertung der letzten Tage, die den Post-haushalt mit neuen gewaltigen Mehrausgaben belastet, nötigt die Postverwaltung, die Post-, Postfach-, Telegraphen- und Fernspreckgebühren neu festzusetzen. Die neuen Ge-bühren treten für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr am 10. September, für den Post- und Postfachverkehr am 20. Sep-tember in Kraft. Danach beträgt die Gebühr für den einfachen Fernbrief 250 000, für die Fernpostkarte 100 000, für die Druck-sache der 1. Gewichtsklasse 50 000 M.

Für gewöhnliche Telegramme sind zu entrichten eine Grund-gebühr von 400 000 und eine Wortgebühr von 200 000 Mark; im Fernspreckverkehr ist eine Ortsgespräch 250 000 M.

In ähnlichem Verhältnis erfahren auch die meisten übrigen Gebühren eine Heraufsetzung. Der Druck der entsprechenden Marken ist bereits im Gange.

Geldentwertung und Steuerzahlung.

Ähnlich wird mitgeteilt: Es sind dieselben Klagen darüber laut geworden, daß der 400prozentige Verzugszuschlag bei ver späteten Steuerzahlungen nach der Verordnung vom 15. August 1923 eine zu starke Belastung für den Pflichtigen darstelle. Abge-sehen davon, daß der Zuschlag nur dann erhoben wird, wenn der Steuerpflichtige später als eine Woche nach der Fälligkeit zahlt, erweisen sich diese Klagen gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt als durchaus ungerechtfertigt, wenn man die Entwertung der Mark, am Dollarstand gemessen, in den letzten Wochen in Betracht zieht. Entsprechend der Geldentwertung sind zahlenmäßig die Ver-mögenswerte des Steuerpflichtigen so beträchtlich gestiegen, daß er nach Einrechnung des Verzugszuschlages in dem späteren Zeitpunkt tatsächlich nicht mehr leistet, als wenn er am Fälligkeitstag gezahlt hätte. Beispielsweise notierte der Dollar am 25. August, dem Tage der Fälligkeit der Vorauszahlungen auf die Einkommensteuer und der ersten Teilabgabe auf die Rhein-Ruhr-Abgabe 4,7 Millionen Mark, vom 2. bis zum 8. September, d. h. in der Woche, für die der Verzugszuschlag von 400 v. H. auf die bezeichneten Steuern erst-malig in Geltung trat, im Durchschnitt etwa 27 Millionen Mark. Das bedeutet seit dem Fälligkeitstag dieser Steuern eine Entwertung der Mark auf etwa ein Fünftel bis ein Sechstel, wogegen der Zu-schlag für diese Zeit nur das Vierfache beträgt. In ähnlichem Maße wie der Dollar sind in der fraglichen Zeit auch die Aktienkurse, der Großhandelsindex und die Lebenshaltungskosten gestiegen. Unter den vorstehenden Umständen würde eine Ermäßigung der Verzugs-zuschläge der inneren Berechtigung entsprechen.

„Süddeutscher Zeitungsdienst“.

Süddeutscher Senat gegen badische Regierung.

Colysg. 12. September. (WZ.) Der Süddeutsche Senat des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik verhandelte heute über die Beschwerde des badischen Staatsministeriums gegen den Beschluß des Staatsgerichtshofs vom 25. Juni 1923, betreffend des süddeutschen Zeitungsdienstes. Das badische Staatsministerium hatte dieses Unternehmen als Geheimorganisation für militärische Zwecke aufgelöst. Auf die Beschwerde des Leiters des Zeitungsdienstes hob der Staatsgerichtshof das Verbot vom 25. Juni auf. Hiergegen legte das badische Staatsministerium seiner-seits Beschwerde ein. In der heutigen Sitzung bestätigte der Süddeutsche Senat die Aufhebung des Verbots der badischen Regierung unter Übertragung der Kosten des Verfahrens an den badischen Staat. In der Begründung heißt es, es handle sich an-zweifelhaft um einen geheimen Verein, jedoch sei nicht erwiesen, daß der Verein auf Untergrabung der verfassungsmäßigen Regierung ge-richtete Zwecke verfolgte. Ferner sei nicht erwiesen, daß der Verein als solcher Waffen besaß. Die Tatsache, daß bei einzelnen Mit-gliedern Waffen gefunden wurden, genüge zu diesem Beweise nicht.

Hüter des Parlamentarismus.

Kommunistisch-deutschnationale Beschwerden im Landtag.

In der Mittwochs-Sitzung des Landtags leiteten die Kommu-nisten und die Deutschnationalen ihre Angriffe gegen die Koalitions-parteien und die Regierung fort. Ministerpräsident Genosse Braun hatte im Kellertag erklärt, im gegenwärtigen Augenblick eine Er-klärung über die politische Lage nicht abgeben zu können, was an-gesehens der augenblicklichen Verhältnisse für jeden, der nicht bösen Willens ist, verständlich ist. Die Koalitionsparteien hatten nach der Erklärung des Ministerpräsidenten beschlossen, eine politische Aussprache nicht stattfinden zu lassen. Diesen Beschluß benutzten Kommunisten und Deutschnationale abermals, um ihr bekanntes Theater aufzuführen. Das Haus hielt sich aber nicht lange dabei auf und beschloß den Übergang zur Tagesordnung. Nach Annahme einiger kleinerer Gesetzesvorlagen wurde die Vorlage über die Neu-ordnung der Bedingungen für die Anwärter für das Lehramt an höheren Schulen nach den Ausschussvorstellungen an-genommen. Nach Erledigung des Restes der Tagesordnung erklärte der Präsident, die nächste Sitzung Donnerstag nachm. 3 Uhr abzuhalten und die erste Lesung des Entwurfes eines Ausführungsgesetzes zum Finanzausgleichsgesetz vorzunehmen.

Der Deutschnationale v. Cuddeker-Wildau beantragte darauf, an erster Stelle der Tagesordnung vom Donnerstag einen deut-schnationalen Antrag zu behandeln, wonach der Landtag beschließen soll, die Staatsregierung aufzufordern, im Reichsrat keine Re-gelung des Ruhrkonfliktes zuzustimmen, durch die die Unversehrtheit des Staatsgebietes und die volle Souveränität des Staates in Frage gestellt wird. Der deutschnationale Redner begründete den Antrag durch die Erklärung des Ministerpräsidenten Braun im Kellertag. Dadurch nehme man dem Landtag die Möglichkeit, sich zu äußern, sehe man sich in Gegensatz zur Verfassung und spreche dem parlamentarischen System das Todesurteil. Der deutschnationale Vereidigte der Verfassung und des Parlamentaris-mus wurde unterstützt durch den Kommunisten Kap.

Genosse Heilmann gab diesen neuen Stützen der Demokratie die richtige Antwort, die ihre Wirkungen nicht versteht, wie der küm-merliche Protest von links und rechts bewies. Heilmann führte aus, daß die neuen Hüter der Demokratie und Verfassung irren, wenn sie das parlamentarische System nur dahin verstehen, daß zu jeder Zeit über alles geredet wird. Ein Parlament müsse zur rechten Zeit zu reden, aber auch zu rechter Zeit zu schweigen verstehen. Eine Aussprache könne jetzt nur die Verhandlungen zur Beendigung des Ruhrkonfliktes schädigen, von der die Existenz Preußens und des deutschen Volkes abhängt.

Rademich sah der Abgeordnete v. Campe von der Deutschen Volkspartei ebenfalls gegen die deutschnationalen Anträge gewendet hatte, wurde ein Schlussatz angenommen. Damit der Humor nicht schelte, beantragte der bekannte Agrarier Schlang, die Staats-regierung zu ersuchen, sofort Maßnahmen zu treffen, um die durch den Zusammenbruch auf das schwerste gefährdete Volksernährung sicherzustellen. Herr Schlang erntete nur Lachen und Zwischenrufe. Der Antrag wurde abgelehnt.

Nächste Sitzung Donnerstag 3 Uhr. Finanzausgleichsgesetz. — Schluss 6 1/2 Uhr.

Zusammenkunft Baldwin-Poincaré.

Paris, 12. September. (Co.) Der „Intransigent“ macht fol-gende Mitteilung: Baldwin hatte beschloffen, Liz les Bains etwa am 15. September zu verlassen. Er hat sich aber entschlossen, seinen Aufenthalt noch etwas zu verlängern, und wird erst am 20. Liz les Bains verlassen, um sich nach Paris zu begeben. Bereits jetzt ist für Freitag, den 21., eine Zusammenkunft zwischen Poincaré und Baldwin vorbereitet. Man erhofft viel von dieser Zusammenkunft der beiden Staatsmänner, denn man kann annehmen, daß bis zum 21. französisch-belgische Unterhaltungen mit der Berliner Regierung begonnen haben.

Optimismus in Brüssel.

Brüssel, 12. September. (Co.) Der französische Botschafter Herberthe hatte eine längere Besprechung mit dem Außenminister Tasparr. An zuständiger Stelle wird jetzt ebenfalls erklärt, daß man wohl von einer Fällungnahme Deutschlands mit Frankreich

und Belgien sprechen könnte, daß es sich dagegen noch nicht um end-gültige Verhandlungen handle. Auch in Brüssel nennt man als Vorbedingung für Verhandlungen die Einstellung des passi-ven Widerstandes. Von dem Reichskanzler erwartet man, daß er in irgendeiner Weise seinen „guten Willen“ erkläre. Einen derartigen Beweis würde man z. B. in der sofortigen Wie-deraufnahme der deutschen Kohlenlieferungen erblicken. Die Lage selbst wird in Brüssel optimistisch beurteilt.

Eine große Amerika-Anleihe?

Eine Milliarde Dollar zur Rettung Deutschlands??

New York, 12. September. (WZ.-Funkspruch.) „New York Times“ veröffentlicht einen längeren Artikel, nach dem aus New Yorker Finanzkreisen verlautet, daß eine Anleihe von einer Milliarde Dollar zur Rettung Deutschlands vom wirtschaftlichen Zusammenbruch einen der hauptsächlichsten Gegen-stände der Erwägungen der internationalen Bankierwelt bilden werde, falls in der Ruhrfrage ein Abkommen zustande-komme und eine Einigung mit den Alliierten erfolge. Ein Viertel der Anleihe werde wahrscheinlich amerikanischen Bankiers zur Zeichnung angeboten werden. Der industrielle Besitz Deutsch-lands und die von den anderen europäischen Nationen zu leistenden Garantien würden die Sicherheit für die Anleihe bilden.

Ein Plan, der gegenwärtig von einer Anzahl amerikanischer Bankiers erwogen werde, sehe die Einsetzung eines General-kommissars des Völkerbundes vor, der die Verwendung der auf-zubringenden Mittel überwachen solle. Eine Reihe von Finanz-häusern hege vollkommenes Vertrauen dazu, daß es ihnen gelingen werde, die Anleihefäße zu begeben.

Wirtschaft

Der Reichsindex für die Lebenshaltung.

(1913/14 = 1)

Durchschnitt	Wert
Mai	3816
Juni	7650
Juli	37651
August	586045
4. Juli	16180
11. „	21511
18. „	26892
23. „	39336
30. „	71470
6. August	149531
13. „	436935
20. „	753733
27. „	1183434
3. September	184261
10. „	5051046

Steigerung gegen die Vorwoche 173,7 Proz.

Die Lebenshaltungskosten haben sich somit in einer Woche nahezu verdreifacht. Der Index, der sich auf die Erhebungen vom Montag stützt, ist durch die neue Markentwertung bereits längst überholt. Gemessen am Auslandswert über den Dollar galt eine Goldmark am Montag noch 12,7 Millionen, am Mittwoch bereits 22,8 Millionen Papiermark. Die Kaufkraft des Geldes ist in diesen drei Tagen also auf die Hälfte gesunken.

Die Kleinhandelspreise brauchen immerhin einige Tage Zeit, um sich auf den erhöhten Dollarkurs einzustellen. Dennoch waren sie schon bis gestern vielfach erheblich gegen Montag gestiegen. Im Großhandel, wo die Preise sich fast automatisch dem Dollar anpassen, sind noch stärkere Preiserhöhungen bereits gestern zu ver-zichnen gewesen. So zahlte man an der Berliner Börse in Mil-lionen Mark für

	am 10. September	12. September
50 Kilogramm Roggen	65,5	112,5
100 „ Weizenmehl	280,	405,
100 „ Roggenmehl	205,	285,

Da sich die Kleinhandelspreise den Großhandelspreisen innerhalb weniger Tage anpassen, ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Dollar-Steigerung noch in dieser Woche in den Lebenshaltungskosten ihren Niederschlag findet, die Kaufkraft des Lohnes also auf die Hälfte herabdrückt.

Das sollte bei den Lohnfestsetzungen, die auf Grund des Index erfolgen, berücksichtigt werden. Die amtliche Messung der Groß-handelspreise, die am 4. September erfolgte, ergab den 2,3millionen-fachen Wertverfall. Der Kleinhandelsindex vom 10. d. M. ist bereits um 60 Proz. höher als dieser letzte ermittelte Stand der Großhandelspreise.

11 1/2 millionenfache Großhandelspreise.

Unter dem Einfluß der fortschreitenden Markverschlechterung hat sich das Niveau der Großhandelspreise nach den Berechnungen des Statistischen Reichsamts in der Woche vom 4. bis 11. September um 236 v. H. auf das 11 1/2 fache des Friedensstandes gehoben.

In der gleichen Zeit stieg der Dollar von 13 Millionen Mark auf 66,2 Millionen Mark oder um 409 v. H. Dieser Bewegung sind die Einfuhrwaren mit einer Steigerung um 441 v. H. auf das 20 7/9 fache ummittelbar gefolgt, wogegen die In-landswaren mit einer Aufwärtsbewegung um 241 v. H. auf das 9 6/9 fache zurückgeblieben.

Die Lebensmittel (im Großhandel) sind in der gleichen Zeit um 309 v. H. auf das 8 1/4 fache und die In-dustrierohstoffe um 269 v. H. auf das 17 7/7 fache des Friedensstandes gestiegen.

Zur Devisenerfassung. Auf Anfragen, wie man ausländische Zahlungsmittel zugunsten des Reiches verwenden kann, weist der Devisenkommissar darauf hin, daß schon jetzt die in der Devisenbe-schlagnahmeverordnung gebotenen Möglichkeiten bestehen, und zwar auch bei freiwilliger Ablieferung. Es sind dies:

Ablieferung bei den Zeichnungsstellen für Goldanleihe und Er-halt des Bogenwertes in Goldanleihe, Reichsmark, Guthrift auf wertbeständiges Scheckkonto oder Guthrift auf wertbeständiges Konto bei der Reichskreditgesellschaft. Eine beschleunigte Abgabe derartiger, der deutschen Wirtschaft meist aus Unkenntnis entzogenen ausländischer Zahlungsmittel liegt im allgemeinen Interesse. Nach-forschungen über die Art des Erwerbs usw. finden bei der Abliefe-rung nicht statt. Die Devisenbeschlagnahmestelle gibt weiter bekannt, daß zu den ablieferungs-fähigen ausländischen Vermögensbeständen auch die Kupons der in der Verordnung über die Ablieferung ausländischer Vermögensgegenstände aufgeführten Wertpapiere gehören.

Gute Ernte auch in Polen. Das diesjährige Erntergeb-nis Polens wird auf 65 1/2 Millionen Bud Roggen, 14 1/2 Millionen Bud Weizen, 17 1/2 Millionen Bud Gerste, 37 1/2 Millionen Bud Hafer, 244 Millionen Bud Kartoffeln angegeben. Der Roggen-ertrag ist gegen das Vorjahr um 29 Proz., der Weizen-ertrag um 25 Proz. gestiegen. Im Oktober werden Ausfuhr-erlaubnisse für größere Mengen Getreide erteilt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Die sabotierte Wirtschaft.

Während die Unternehmer, deren Presse und Vertreter heuchlerisch nach Steigerung der Produktion schreien und die angeblich hohen Löhne der Arbeiter für die Wirtschaftskrise verantwortlich zu machen suchen, nehmen sie gleichzeitig Betriebseinschränkungen und -stilllegungen vor, die keineswegs immer in einer Abfahrtskurve ihre Ursache haben, Betriebsstilllegungen, deren Ursache die Steuerabgabe der Unternehmer ist. „Der Grundstein“, Organ des Deutschen Bauwerksbundes, veröffentlicht in seiner Nummer vom 15. September u. a. ein Rundschreiben der Bauunternehmer Ostpreußens, das wir hier vollständig wiedergeben:

Königsberg i. Pr., den 24. August 1923.

In die Behörden und privaten Bauauftraggeber! Nach dem Gesetz vom 11. August 1923 ist eine besondere Besteuerung der Betriebe vom 1. September dieses Jahres an mit dem Zweckfachen der Beträge, die an Lohnsteuer bisher abzuführen sind, in Kraft getreten. Für die Baubetriebe ist diese Lohnsteuer eine reine Umsatzsteuer, weil der Umsatz im Baugewerbe fast ausschließlich in Arbeitsleistungen besteht. Diese Steuer ist in den bisherigen Verträgen nicht mit einkalkuliert gewesen, da diese erst jetzt, das heißt nachträglich, von hoher Hand verfügt wurde.

Das gesamte Baugewerbe der Provinz Ostpreußen hat deshalb den Beschluß gefaßt, die Arbeiten vom 1. September dieses Jahres an nur unter der Bedingung fortzuführen, wenn diese von hoher Hand verfügte neue Steuer von den Auftraggebern an die betreffenden Baubetriebe erstattet wird. Im anderen Falle müssen die Betriebe wegen der Unmöglichkeit der Leistung ihre Arbeiten einstellen.

Wir erlauben uns, Ihnen hiermit auftragsgemäß von diesem Beschluß Kenntnis zu geben, und bitten Sie, Ihren in Frage kommenden Dienststellen Anweisung zu erteilen, bei jeder Zahlung die darauf entfallenden Lohnsteuerbeträge mit anzugeben, damit jede Störung in der Weiterbeschäftigung der Arbeiter vermieden wird. Ostpreussischer Arbeitgeber-Bezirksverband für das Baugewerbe gez. Kometke.

Arbeitsgemeinschaft der deutschen industriellen Bauunternehmungen. Reichsverband des deutschen Tiefbaugewerbes E. B. Beton- und Tiefbauarbeiterverband für Deutschland E. B. Bezirksausschuß Ostpreußen: gez. Dr. Klami. gez. Rufe.

Dieses Rundschreiben ist, wie aus der Anschrift zu ersehen ist, auch an die Behörden ergangen. Wir wissen nicht, welche Anweisung den zuständigen Demobilisationskommissionen gegeben worden ist für den Fall, daß die Unternehmer diese Drohung, die eine offene Auflehnung gegen die vom Reichstag beschlossenen Gesetze ist, wahr zu machen versuchen. Ähnliche Vorgänge werden auch aus anderen Teilen des Reiches gemeldet.

Die Unternehmer sabotieren damit aber nicht allein die vom Reich geschaffenen Gesetze, darunter auch die Bestimmungen, die sich auf den Schutz gegen unehrliche Entlassungen beziehen. Diese Gesetzesabgabe durch die Unternehmer, wenn sie von der Regierung auch nur einen Augenblick geduldet würde, müßte verheerende Folgen haben. Denn was den Unternehmern recht ist, muß den Arbeitern, die eine ungeheure Lohnsteuer zu tragen haben, billig sein.

Aber darüber hinaus wird durch diese Handlungsweise der Unternehmer unsere Gesamtwirtschaft sabotiert. Man darf sich keinerlei Illusionen machen über die Tragweite der nächsten Tage und Wochen. Alles hängt davon ab, ob unsere Wirtschaft in Gang gehalten wird. Die Umstellung des Kredit- und Zinsfußes, die Eingehung von Steuern, die zwar in ihrer Schärfe bei weitem nicht so drückend sind wie die den Arbeitern auferlegte Lohnsteuer, die aber doch wenigstens teilweise die Steuerbefreiung der Unternehmer wieder auszugleichen suchen, die strengeren Vorschriften gegen die Devisenhamsterie, alle die Maßnahmen, die bestimmt sind, unsere Finanzen zu sanieren, beantworten die Unternehmer entweder mit offener Sabotage oder mit der Abwälzung der Steuer auf die Verbraucher. Sie weigern sich rundweg, die gemachten Uebergewinne, die in Form von Dividen und Rohmaterialien angeammelt sind, anzugreifen. Sie ziehen vor, wenn durch die Uebersteuerung der Produkte eine weitere Abwälzung auf die Verbraucher nicht mehr möglich ist, ihre Betriebe einzuschränken oder ganz stillzulegen.

Die öffentlichen Gefahren, die durch dieses Verhalten der Unternehmer heraufbeschworen werden, wird kein Einsichtiger verkennen. Es handelt sich nur noch um Tage, die durch rücksichtsloses Eingreifen abgewehrt werden müssen.

Keine Ueberstunden im Bankgewerbe!

Der Tarifstreit im deutschen Bankgewerbe hat nun die Folge gehabt, daß am Dienstagabend in einer gemeinsamen Versammlung der Mitglieder des Deutschen Bankbeamtenvereins und des Allgemeinen Verbandes der deutschen Bankangestellten für Berlin die Ausführung von Ueberstunden abgelehnt worden ist.

Von den Rednern der beiden Organisationen, der Verrechnungen und Gewerkschaften - Berlin, wurde geltend gemacht, daß der Schiedspruch für die Bankangestellten unerträglich sei, da er einmal eine Verschlechterung des Reallohns bedeute und weil er die Forderung der deutschen Bankbeamten nach Entlohnung in festem Maß überhaupt unberücksichtigt gelassen habe. In der Aussprache kam die sehr erregte Stimmung der Mitglieder beider Verbände zum Ausdruck. Es wurde vielfach passive Resistenz gefordert, bis der Reichsverband der Bankleitungen sich zu einer Bewilligung der Angestelltenforderungen bereit erklärt hätte. Die Organisationsvertreter rieten jedoch von diesem Vorgehen ab, da man die passive Resistenz bis zu einer eventuell notwendig werdenden Verschärfung des Kampfes aufsparen solle. Die Aussprache gestaltete sich sehr fürmlich, als ein Vertreter des Deutschen Nationalen Handlungsgehilfenverbandes, der zwar unter den Bankangestellten keine Mitglieder hat, aber sich hineinbrühen sucht, in überaus provokierender Weise auftrat. Zum Schluß wurde eine von beiden Verbänden vorgelegte Resolution, in der es heißt, daß Ueberstunden in allen Betrieben bis zur Erreichung eines neuen Tarifes zu verweigern sind, einstimmig angenommen. In allen Banken sollen am Donnerstag und Freitag Betriebsversammlungen stattfinden, in denen noch besondere Beschlüsse der Angestellten herbeigeführt werden dürften.

Lohnbewegung im Buchdruckgewerbe.

Nach zweitägigen ergebnislosen Verhandlungen fällt das Zentral-Schiedsamt einen Schiedspruch, der den Buchdruckern für die Woche vom 8. bis 14. September einen Spitzlohn von 110 Millionen Mark zuspricht. Die Löhne des Buchdruckhilfs-personals betragen demnach: über 24 Jahre 99 000 000 für Verleiher, 95 040 000 M. für Ledige, 21 bis 24 Jahre 88 825 000, bzw. 85 272 000 M., 19 bis 21 Jahre 81 813 000, bzw. 78 514 000 M., 17 bis 19 Jahre 87 320 000 M. für Ledige. Anlegerinnen: über 21 Jahre 79 200 000 M., 19 bis 21 Jahre 75 240 000 M., 17 bis 19 Jahre 69 300 000 M. Hilfsarbeiterinnen: 71 280 000 M., 67 118 000 M., 62 370 000 M. Der Schiedspruch wurde von den Arbeitgebern abgelehnt. Die Verbindlichkeit wird beantragt. Die Kollegen werden aufgefordert, weitere Anweisungen der Organisation zu beachten.

Lohnregelung in der Bauindustrie.

Für den 8. bis 11. September bleibt der Lohn von 1 995 000 Mark für Maurer, Zementfacharbeiter, Einschaler, Stein- und Kalkträger und Zimmerer, für den 12. bis 14. September erhöht sich der Stundenlohn auf 3 200 000 M. Bauarbeiter 1 895 000 bzw. 3 040 000 M., Tiefbauarbeiter über 19 Jahre 1 893 000 bzw. 3 037 000 M., Wächter für sieben Schichten à 8 Stunden 102 850 000 Mark. Erfahrungswächter pro Stunde 1 805 000 M., Schichtmeister 139 870 000 M., Bolllere 140 420 000 M. Wertzeugenschädigung für Zimmerer in der ersten Staffel 30 000 M., für die übrigen Bauarbeiter 15 000 M., in der zweiten Staffel für Zimmerer 48 000 Mark, für die übrigen 24 000 M. pro Stunde. Am Freitag wird an Bolllere ein Vorzuschuß von 45 Millionen Mark gezahlt, Kurzarbeiter der Zimmerer erhalten 20 Millionen Mark, der übrigen Bauberufe vier Fünftel der verdienten Summe; auch Lehrlinge erhalten einen entsprechenden Vorzuschuß. Die Restzahlung mit Verrechnung der Steuer, Krankentafeln und Invalidenbeiträge erfolgt am Dienstag, den 18. September. Weiter teilt der Bauwerksbund mit, daß der Lohn für die Woche vom 15. bis 21. September im 20. September festgelegt wird. Am Freitag, den 21. September, wird ein Vorzuschuß in Höhe von 75 Millionen Mark gezahlt. Die uns der Zentralverband der Zimmerer mitteilt, betragen die Lehrlingslöhne für die Zeit vom 8. bis 11. September:

	im 1.	2.	3.	4.	5.	6. (Schicht)
Gruppe A	199 500	299 800	899 000	598 500	798 000	997 500
Gruppe B	299 800	899 000	499 000	698 300	898 000	1 097 300
Gruppe C	4 500	6 000	7 500	10 500	13 500	16 500

und für die Zeit vom 12. bis 14. September 1923:

Gruppe A	320 000	480 000	840 000	960 000	1 280 000	1 600 000
Gruppe B	4 800	7 200	9 600	14 400	19 200	24 000
Gruppe C	480 000	640 000	800 000	1 120 000	1 440 000	1 700 000
Gruppe D	7 200	9 600	12 000	16 800	21 600	26 400

Konflikt auf der Hochbahn.

Die wöchentlichen Lohnbewegungen in Betrieben der Berliner Hoch- und Untergrundbahn bleiben nach wie vor ein dauernder Konflikt zwischen der beteiligten Arbeiterschaft und der Direktion. Darüber hinaus wächst sich der Konflikt zur öffentlichen Gefahr für die Berliner Bevölkerung aus. Unter dem Vorwand, daß das Unternehmen zugrunde gehen muß, wenn die angeblichen „hohen“ Reichsarbeiterlöhne gezahlt werden, lehnte die Direktion auch eine Lohnserhöhung für die Woche vom 2. bis 8. September ab. Der Schlichtungsausschuß Groß-Berlin, der sich mit der Lohnstreitfrage befaßt, setzte die bestehenden Löhne nach dem Reichslohn der vorigen Woche um 56 Proz. herauf. Die Löhne der Handwerker betragen demnach in der Spitze 1 010 400 M., die angelernten Arbeiter erhalten 975 800 M., die ungelerneten Arbeiter 941 200 M., die Druckerinnen und Arbeiterinnen 883 100 M. bzw. 811 800 M. Die Frauen- und Arbeiterlöhne betragen je 54 600 M. für die Stunde.

Nur unter der Erkenntnis, daß es keinen Wert hat, heute um einige Tausend Papiermarkklappen, die an den Reichsarbeiterlöhnen fehlen, einen Kampf aufzunehmen, ferner aber auch abzuwarten, ob die Direktion für elektrische Hoch- und Untergrundbahn abermals den traurigen Mut finden wird, auch diese Arbeiterlöhne abzulehnen, nahmen die Bediensteten und Arbeiter der Hochbahn den Spruch an.

Daß sich die Direktion mit der Absicht trug, den Spruch abzulehnen, bewies, daß sie die Annahme des Spruches von der Bedingung abhängig machen wollte, daß die Belegschaft auf die 45% ständige Arbeitszeit in der Woche, wofür 48 Stunden bezahlt werden, verzichtet, sich weiter bereit erklärt, daß der bestehende Urlaub und der Lohnzuschuß bei Krankheitsfällen gekürzt wird.

Erst als die Direktion am Sonntagabend, dem 8. September die Funktionäre zusammentrat, um bei einer eventuellen Ablehnung durch die Direktion die Arbeitsniederlegung zum Sonntag, dem 9. September, zu beschließen, nahm sie den Spruch an.

Für die Woche vom 9. bis 15. September verlangte die Belegschaft eine Erhöhung der vorstehenden Löhne um 120 Proz. In der Verhandlung am Montag, dem 10. September, erklärte die Direktion, ein Angebot ihrerseits nicht machen zu können, bevor man nicht einwillige, daß 48 Stunden in der Woche gearbeitet werden und die tariflichen Sozialleistungen zu kürzen sind. Dieses Verlangen mußte die Verhandlungskommission ablehnen und so verlief die Verhandlung ergebnislos. Der Schlichtungsausschuß wird am Freitag über die Lohnstreitfrage entscheiden.

Die Direktion glaubt, daß diese Institution, geschaffen um Streitigkeiten zur Erhaltung des öffentlichen Friedens zu schlichten, heillos sein wird, den geplanten Raub auf die wichtigsten sozialen Errungenschaften, die sich die Arbeiterschaft mit schweren Opfern erkämpft hat, vorzunehmen. Das Verkehrs- und technische Personal der Berliner Hochbahn erklärt bereits heute, daß es gar nicht daran denkt, auch nur einen Finger breit von diesen Errungenschaften preiszugeben. Die Direktion für elektrische Hoch- und Untergrundbahnen sucht den Konflikt mit aller Gewalt schon seit Wochen. Sie will nach dem Muster der neuen Betriebsgesellschaft der Berliner Straßenbahn, die älteren Arbeiter und Elemente, die ihr unliebsam sind, erbarmungslos aufs Pflaster werfen.

Die Arbeiterschaft wird dem gefürchteten Kampf nicht ausweichen, sondern ihn aufnehmen. Die Öffentlichkeit ist somit unterrichtet, wenn der Hochbahnbetrieb abermals ruht.

Betriebsräte, Aufsichtsräte! Für die Betriebsräte im Aufsichtsrat findet heute abend 6 1/2 Uhr im Leibniz-Gymnasium, Mariannenplatz 28, wiederum eine Sitzung statt. Tagesordnung: „Die Aufsichtsratsprüfung.“ Wir bitten dringend sämtliche Betriebsräte, darauf zu achten, daß ihre Kollegen, die Mitglieder des Aufsichtsrates sind, in dieser Sitzung unbedingt erscheinen.

Freigewerkschaftliche Betriebsrätezentrale für den Wirtschaftsbezirk Groß-Berlin.

Die Brunnenbauern betreiben vom 8. bis 14. September pro Stunde: Brunnenbauer 2 200 000 M., Junggefehen und Bohrmeister 2 145 000 M., Helfer 2 090 000 M., Neueintretende 2 035 000 M.

Angestellte der Konfervenindustrie! Mit dem Arbeitgeberverband der Konfervenindustrie wurden für Monat August die 18fachen Zulagegehälter vereinbart. Am 10. September ist das halbe Augustgehalt, am 15. September noch 1/2 Augustgehalt zur Auszahlung zu bringen.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Jugendveranstaltungen.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Verbands-Betriebsräte! Heute vormittag 11 Uhr wichtige Besprechung bei Herrn Alexanderstraße 44. A. L. Borchardt, Referent. Tagesordnung: 1. Besprechung. 2. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 3. Besprechung. 4. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß. 5. Tagesordnung: Bericht über die Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß.

Theater Lichtspiele
Volksbühne
7 1/2 Uhr: Und das Licht scheint in der Finsternis
Lessing - Th.
7 1/2 Uhr: Wie es euch gefällt
Deut. Künstler - Th.
7 1/2 Uhr: Der Fürst v. Pappenheim
Theater I. d. Königsplatz
7 1/2 Uhr: Aus dem Leben der Insekten
Komödienhaus
8 Uhr:
Mein Vetter Eduard
Theater des Ostens
7 1/2 Uhr: Verheiratete Junggeheulen
Casino-Theater
8 Uhr: Die neuen Reichen
Th. u. Kottb. Tor
7 1/2 Uhr: a. Sonntag nachmittags 3 Uhr: ELITE-Sänger u. a. Das alte Mittel

SOLO
Theater
7 1/2 Uhr: Internat. Varieté
Deutsch Opernhaus
7 1/2 Uhr: La Traviata
Große Volksoper
im Theater d. Westens
Sondervorst. des Ver. Berliner Presse
7 1/2 Uhr: Don Pasquale
Intimes Theater 8:
Diplomat im Dienst
D. blaue Pyjama etc.
Lustspielhaus
Gastsp. „Die Truppe“
7 1/2 Uhr: Kaufm. v. Venedig
Metropol-Theater
Geschlossen. Sbd.
15. Sept. z. I. Male!
7 Uhr: Casinogeläch
Neues Theater a. Zoo
7 1/2 Uhr: Von 5—7
Thalia-Theater
7 1/2 Uhr: Herrschafft.
Diener geschäft.
Theater I. d. Kommandantenstr.
7 1/2 Uhr: Charlie
Wallner-Theater
8: Die tolle Lola
Krause-Pianos
zur Miete
Ansbacher Str. 1,
1. Hofstr. 10/11

Wundergarten
Varieté-Programm
Sonntag, 16. Sept.
Wiederbeginn d. Nachm.-Vorstellung
18 Uhr
1923
25 Jahre in der Kutschbahn

Ungeheuer gestiegen im Preise sind alle Lebensmittel und Gebrauchsgüter
HEUTE ANZEIGEN im „Vorwärts“ sind dagegen immer noch billig!

Alle geboten! Preise stolzen!
Beginn heute 9 Uhr
Schluß Sonnabend 6 1/2 Uhr

Strickjacken reine Wolle 79 500 000, 139 000 000 | Flauschmäntel .. 78 000 000, 121 000 000
Kunstseid-Jumper 78 000 000, 105 000 000 | Fantasiehemden mit Biesen .. 98 000 000

Bis Sonnabend 6%, Extra-Rabatt, so lange Vorrat
auf prima Seal-Elektrikmäntel, Slinks, Fohlen- und Katzenjacken, Plüsch- und Astrachanmäntel, Eskimomäntel mit Stickereien und Pelzbesätzen, wundervolle Kostüme mit Pelzbesätzen, Prachtstücke, Orig.-Modelle
spottbillig!!

Westmann
1. Geschäft: Berlin W 8, Mohrenstr. 37a 2. Geschäft: Berlin MO, Gr. Frankfurter Str. 115

Hermann Engel
Landsberger Straße 85-86-87
Donnerstag, Freitag und Sonnabend
Ganz besonders billige Angebote

Foulésteider in modernen Farben, neueste Formen 300 000 000
Reinwollene Cheviottröde in blau und schwarz 180 000 000
Winterröde schwarz 54 000 000
Winterröde in guten Maßhalten 564 000 000 516 000 000 408 000 000
Knabenstrickanzüge in vielen modernen Farben, für 3 bis 4 Jahre . . . 60 000 000
Bluse aus Ia Sportstoff 50 400 000
Kunstseidene Jumper handarbeitl. 114 000 000
Prima Mouffelinestrümpfe schwarz, braun, grau 16 800 000
Erstklassige Seidenstrümpfe in vielen Farben 36 000 000

Großer Leibwäsche-, Bettwäsche-, Tischwäsche- und Aussteuer-Verkauf nur bester Qualitäten sehr billig!!

Große Auswahl in Teppichen, Gardinen u. Stores zu außerordentlich billigen Preisen.

Der neue Gaspreis.

Die Direktion schlägt 2,2 Millionen Mark vor.

Heute Donnerstag vormittag tritt die städtische Werksdeputation zu einer Sitzung zusammen, um in Gegenwart der Fraktionsführer, die eigens geladen sind, über den am 15. festzusetzenden Gaspreis zu beraten. Die Direktion hat als Unterlage für die Beratung eine Zusammenstellung über die Gaspreisfestsetzungen und Einziehungsmethoden in einer Reihe norddeutscher Großstädte ausgearbeitet, die sehr interessante Angaben zur Beurteilung dieser schwierigen Frage enthalten. Wir geben aus dieser Zusammenstellung die wichtigsten Angaben wieder.

Königsberg

September 1,6 Millionen und fest seine Tarife wöchentlich fest. September 1,6 Millionen, Königsberg fest seine Tarife wöchentlich fest. Es hatte eine Zeitlang dasselbe System eingeführt wie Berlin im Monat August und ist infolge der Schwierigkeiten, die sich während der Einföhrung ergaben, die sehr interessanten Angaben zur Beurteilung dieser schwierigen Frage enthalten. Wir geben aus dieser Zusammenstellung die wichtigsten Angaben wieder.

Bremen

fest den Gaspreis wöchentlich fest, und zwar wie in Berlin im August für die vierwöchige Verbrauchszeit. Der Preis betrug in der ersten Septemberwoche 450 000 M. Bremen beabsichtigt seine Preisberechnung auf Goldmarkbasis durchzuführen, da auch das bisherige System, das in Berlin bekanntlich von der Bevölkerung als unerhörter Wucher abgelehnt wurde, dort nicht ausreichte, um die Ausgaben zu decken.

Dresden

ist nach einer gewissen Uebergangszeit, in der es, ähnlich wie augenblicklich in Berlin die Gasbetriebsgesellschaft, jeweils einen Durchschnittspreis berechnete, jetzt dazu übergegangen, den Preis wöchentlich festzusetzen mit Gültigkeit für den Verbrauch der zurückliegenden vier Wochen. Der letzte Wochenpreis Anfang September betrug 340 000 M.

Hamburg

hat das in Berlin im August geübte Verfahren der wöchentlichen Gaspreisfestsetzung; ab 2. September 400 000 M., ab 10. September 1,2 Millionen.

Bielefeld

hat ebenfalls periodische Preisfestsetzung mit rückwirkender Kraft. Für den bei der Ableitung festgestellten Monatsverbrauch vom 10. bis 14. September beträgt der Gaspreis 2,5 Millionen, ab 1. Oktober berechnet Bielefeld auf Goldmarkbasis.

Von anderen Großstädten haben periodische Preisfestsetzungen, also rückwirkend, Braunschweig, Danzig, Darmstadt, Duisburg, Düsseldorf, Elberfeld, Erfurt, Frankfurt a. M., Halle a. S., Hanau, Heidelberg, Jena, Kiel, München, Stuttgart usw. Die Direktion erklärt, daß angesichts der eingetretenen überraschenden Marktentwertung es unmöglich sein werde, für die Verwaltung eines jeden verbrennenden Betriebes ein Preisfestsetzungsverfahren ausfindig zu machen, das für 14 Tage einen ausreichenden Gaspreis bestimmt. Für die laufende Woche, also vom 10. bis 15. September, müsse der Gaspreis eine Million Mark betragen, für die nächste Woche sei angesichts der zu erwartenden Steigerung der Löhne und Gehälter, der neuen Kohlenpreiserhöhung von rund 80 Proz. ab nächsten Montag und einer weiteren Kohlenpreiserhöhung in der letzten Septemberwoche von mindestens 40 Proz. ein Gaspreis zu erheben, der mindestens mit 2 Millionen veranschlagt werden müsse. Dazu müsse ein mindestens 10prozentiger Zuschlag kommen, um die Unkosten der ungeheuren Kredite zu decken, die die Werke zur Aufrechterhaltung der Kohlenbelieferung benötigen. Eine Berechnung des Gaspreises auf Goldmarkbasis, wobei nach Meinung der Direktion das Gas mit Rücksicht auf die veränderte Kaufkraft des Geldes mit 20 Pf. berechnet werden müsse, sei für Berlin unmöglich durchzuführen, da die Durchführung des Goldmarkpreises stetig wechselnde Gaspreise bedinge.

Die Darlegungen der Direktion zeigen jedenfalls das eine, daß die Schwierigkeiten der Gasversorgung keine besonderen Berliner

Schmerzen sind, sondern in allen deutschen Großstädten gleichmäßig entstehen und zu gleichen, wenn auch überall unvollkommenen Lösungsversuchen führen. Sie sind letzten Endes nur ein erneuter Beweis dafür, daß die Papiermarkwährung unüberwindliche Schwierigkeiten und direkt zerstörende Auswirkungen zeitigt. Der durch sie entstehende Preiswettbewerb, die Unmöglichkeit einer festen und soliden Kalkulation wie das ständige Nachhinken der Kaufkraft der Bevölkerung schafft eine Lage, die in fast allen Großstädten die volkswirtschaftlich unentbehrlich gewordenen Gasversorgung zum Stillstand zu bringen droht. Es bleibt abzuwarten, zu welcher Lösung die heutige Sitzung der Werksdeputation führen wird. Voraussetzlich werden selbst die geachteten Köpfe und temperamentoollsten Redner unferer an Einsicht so reichen Stabesordnenenverammlung die Welt kaum aus den Angeln heben können. Ueber das Ergebnis der Beratungen werden wir in der Abendausgabe berichten.

Zur Verrechnung des Gaspreises.

Schwierigkeiten des Selbstableitens.

In der Öffentlichkeit, auch in der Stabesordnenenversammlung, ist die Frage der Gaspreisverrechnung sehr lebhaft erörtert worden, und man hat sich von vielen Seiten dafür eingesetzt, daß der Konsument wöchentlich seinen Verbrauch am Gasmeter selbst ablesen und danach bei den Kasseninspektionen oder durch die Post den fälligen Betrag für das entnommene Gas bezahlen soll.

In der Direktion der Gaswerke hat man sich infolgedessen mit der Angelegenheit erneut beschäftigt, ist jedoch zu der Ansicht gekommen, daß diesem Vorschlag so erhebliche Schwierigkeiten gegenüberstehen, daß seine praktische Durchführung kaum möglich erscheint. Die meisten Schwierigkeiten würde den Verbrauchern wohl die jeweilige Berechnung der zu zahlenden Summen machen, da nach den Erfahrungen der Gaswerke in weiten Kreisen Unkenntnis über die jeweils geltenden Tarife herrscht, weil die Anschläge und Veröffentlichungen in den Zeitungen entweder gar nicht oder sehr ungenau gelesen werden. Die Hauptschwierigkeiten der selbständigen Verrechnung aber würden in der Uebermittlung der zu zahlenden Beträge selbst liegen. Die Kasseninspektionen waren, wie dies der Versuch der Vorauszahlung gezeigt hat, ebenso wie die gesamte Post, nicht in stande, auch nur die Vorauszahlungen von rund 250 000 Kunden, das ist der vierte Teil der Konsumenten, zu bewältigen. Noch heute hat die Post nicht den Rest der Summen an die Gaswerke abgeliefert, die seinerzeit durch Postfächer oder Postanweisungen eingezahlt worden sind. Wollte man eine Million Gasverbraucher wöchentlich Einzahlungen vornehmen lassen, so müßte das Personal in den Kasseninspektionen vervielfacht werden, und die Postanstalten müßten eigene Einrichtungen treffen, um den ungeheuren Ansturm aufnehmen zu können. Hier liegt jedoch die Hauptschwierigkeit, denn die Postverwaltung scheint keinesfalls geneigt zu sein, den Wünschen des Publikums Rechnung zu tragen. Letzten Endes befürchtet man bei der Direktion auch, daß bei den Ablesungen nicht immer seitens der Verbraucher mit der erforderlichen Sorgfalt vorgegangen wird, daß infolgedessen nach wie vor ausgedehnte Kontrollen stattfinden müssen und daß so eine Erweiterung des Personalbestandes notwendig wäre.

Reichsbahnnotgeld ist vollwertiges Zahlungsmittel!

Die von der Deutschen Reichsbahn zur Vergebung der Pargel-mittelnot bis jetzt herausgegebenen Ein-, Zwei- und Fünf-Millionen-Reichsbahnnoten werden von einem Teil der Geschäftsleute noch nicht als vollwertige Zahlungsmittel anerkannt. Es sei deshalb wiederholt darauf hingewiesen, daß die Reichsbahnnoten an allen Stellen der Deutschen Reichsbahn und auf den Postanstalten als gesetzliche Zahlungsmittel angenommen werden. Auch die Reichsbankanstalten sind dem Reichsbankdirektorium ermächtigt, die Scheine als Zahlungsmittel anzunehmen. Es liegt mithin kein Anlaß vor, das Notgeld der Deutschen Reichsbahn zurückzuweisen. Es erfolgt in jeder Beziehung das Reichsbahnnotgeld.

Diese Esther hatte ihn furchterlich enttäuscht. Er hatte von ihr ein herzliches, für seine Not verständnisvolles Wort erwartet, dafür gab sie ihm diese läbliche Weisheit: Man muß das Ziel und nicht den Weg im Auge haben! Auch nicht, wenn fünfzigtausend Reichen auf diesem Wege liegen? Auch dann nicht, Madame? —

Ohne es zu wissen, stand er wieder auf dem Floß. Frau Faure stammte ihn an, das sei das letzte Mal, daß er so mitten im Tage komme und gehe, wie's ihm grad einfallt, schließlich seien sie ja nicht verheiratet!

„Gott sei Dank nicht!“ höhnte Kilian. „Ich kann gehen!“ „Stausiffer, verstaucher! Geh!“ schimpfte sie. „Halt dein Maul, oder...“ er zog die Hand auf.

„Fort!“ schrie sie. „Gut!“ schrie er und lief schon über den Steg.

Sie rief ihm nach: „Nah auf, Bube, daß dir die Polizei nicht dahinter kommt, wo du deine Nächte verbringst, du Weiberschmeider, elendiger!“

Kilian achtete es kaum. In der Rue Jacot stieß ihm Faure in den Weg. Der lächelte lustig, als er vernahm, wie die Dinge stünden. „Acht Tage hättest du wohl noch aushalten können“, sagte er schließlich, „dann kommt nämlich der Neue. Auf Wiedersehen!“

Kilian lächelte auch. Aber kaum war er zwei Schritte allein, so bekam Faures lustige Nachricht eine boshafte Spitze, eine ganz gemein vergiftete Pfeilspitze: das war nun die ganze schöne Liebe zwischen ihm und Madame Faure gewesen: Schon im voraus war der Neue bestellt. Gemein! Gemein!

Kilian tat sich selber sehr leid. Er kam sich vor wie der heilige Sebastian, dessen Bild in Kirchen und Museen hängt. Ganz voller Pfeile war sein Leib. Von allen Seiten wurde auf ihn geschossen. Auf den heiligen und auf Kilian. Von den Anarchisten und Esther und Frau Faure und Herrn Faure und allen. In seiner Nervosität stieß Kilian in Mère Jusettes enger Stube eine kleine Porzellanphale von der Kommode. Dabei brach der Schale ein kleines Stücklein am Rande aus. In maßloser Wut trat Kilian mit dem Schuh darauf, so daß sie in viele Stücke zerbarst.

„Dummkopf“, entfuhr es Mère Jusette!

„Was“, schrie Kilian, „Sie alte...!“ Im letzten Augenblick verbiß er das häßliche Wort und fügte, wie zu seiner Entschuldigung bei, „wenn man so feige seine Ueberzeugung im Stiche läßt des Brotkorbes wegen...“

„Armer Mensch...“ wollte sich Mère Jusette ihm zu-

Hier wird eingebrochen!

Wir leben in den Tagen der unangenehmsten Ueberraschungen. Nicht allein, daß die Papiermillionen in unsern Händen zu Nichts werden, daß wir keine Berechnungsmöglichkeit mehr haben und die Unsicherheiten im Wirtschaftsleben mit unseren Existenzen, unseren Plänen und Hoffnungen Fangball spielen, auch die Unsicherheit in krimineller Hinsicht nimmt zu. Das ist an und für sich wohl bedauerlich, aber nicht verwunderlich, denn bislang hat noch immer eine Steigerung des Brotpreises eine Steigerung der Kriminalität mit sich gebracht. Von der wird die Allgemeinheit schwer und der einzelne mehr oder weniger in Mitleidenschaft gezogen.

Vorbeugen ist das beste Mittel, heißt es nicht umsonst in diesem Falle. Daher ist man aus reiner Gegenwehr heraus bestrebt, den erfindlichsten Dieben mit Gegenfindungen wie Alarmglocken zuvorzukommen. Statteten so vor kurzem gleich nach Geschäfts-schluß, an einer sehr belebten Straße, Diebe einem großen Hauke einen Besuch ab. Der Geschäftsinhaber läßt allerbaldig die Jalousien herab, läßt aber nicht die Schaufenster ausräumen. Nach deren Inhalt jedoch waren die Diebe gerade lustig. Sie hatten sich auch schon Eingang verschafft und waren lustig beim Einpacken, als die von ihnen nicht entdeckte Diebesglocke ihre Schuldigkeit tat und alarmierend schrie. Das war eine höchst unangenehme und fübrende Ueberraschung. Die Straßenpassanten hasteten, wohl aufhorchend, aber doch teilnahmslos vorbei. Teils wurden sie aufgefressen von eigenen Sorgen, teils ging es ihnen so gut, daß sie sich um anderer Leute Sorgen nicht kümmern brauchten. Und ehe ein Grüner auf seiner Patrouille vorbeikom, blieb es einem Biedermann noch vorbehalten, den Vogel abzuklopfen, er führte nämlich Besuch spazieren und erläuterte in Seelenruhe wissenschaftlich erklärend: „Sieh, hier wird gerade eingebrochen.“

Berliner Kohlenhilfe.

In einem Aufruf des Oberbürgermeisters Böß sind die Beamten, Lehrer, Angestellten und Arbeiter der Stadt Berlin aufgefordert worden, zu ihrem Teil dazu beizutragen, die Not der Darbenden und Leidenden im kommenden Winter zu lindern. Die Zentralverwaltung wie auch die Bezirksämter haben dem Ruf Folge geleistet. Rummehr ergeht folgender Aufruf, der vom Oberbürgermeister Böß, dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Caspari und dem Stadtrat Genossen Hünge unterzeichnet ist, an die gesamte Berliner Bevölkerung:

Mitbürger! Die Not in Berlin ist groß. Reich, Staat und Gemeinde wenden bedeutende Summen für die Notleidenden auf, doch reichen die öffentlichen Mittel nicht aus. — Der Winter naht! Er wird das Elend steigern. — Mühen viele, ja die meisten, unter der Not der Zeit bitter leiden; niemand wird übersehen dürfen, daß neben ihm viele Tausende leben, die noch härter die Not drückt. Hier zu helfen ist Pflicht eines jeden. Die „Berliner Kohlenhilfe“ soll den Bedürftigsten unter unseren Mitbürgern Brennstoffe zuführen. Sie kann dieser Aufgabe nur gerecht werden, wenn ihr große Beihilfen zufließen. — Wir vertrauen auf den Wohlwollenssinn der Berliner Bevölkerung, wenn wir bitten: Gebt schnell und reichlich Geld für die „Berliner Kohlenhilfe“! Geldspenden werden unter der Bezeichnung „Berliner Kohlenhilfe“ von allen Spar- und Girokassen der Stadt Berlin, von sämtlichen Steuer- und Bezirkskassen entgegengenommen und können auch auf das Post-scheckkonto Nr. 34 der Spartaße A der Stadt Berlin eingezahlt werden.

Im Hinblick auf den Appell des Oberbürgermeisters hat der Gesamtvorstand des Provinzialvereins Berlin des Deutschen Beamtenbundes eine Entschlieung gefaßt, die sich an die Kollegen und Kolleginnen in den Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden wendet und in der es u. a. heißt: „Wenn auch die Beamtenchaft im allgemeinen nur über larme Mittel verfügt, so ist doch zuzugeden, daß sich der größte Teil von uns in einer Stellung befindet, die ihm ein bescheidenes Dasein ermöglicht. — Demgegenüber gibt es große Schichten der Bevölkerung, denen es bedeutend schlechter geht. Hier zu helfen ist Menschenpflicht. Wir richten daher an die Berliner Beamtenchaft die Bitte, trotz aller ungerechten Anwürfen gegen sie, sich diesmal wieder in den Dienst der guten Sache zu stellen und durch Aufbringung von Geldmitteln, jeder nach seinen Kräften, die Not zu lindern. Es muß erwartet werden, daß die Beamten der höheren Gehaltsklassen mit gutem Beispiel bei den einzuleitenden Sammlungen vorangehen.“

Kilian.

Roman von Jakob Böhmer.

Kilian ramte nach Hause, warf sich in sein Arbeitskleid und lief an den See. Aber Frau Faure war sehr schlecht gelaunt und zudem der See so blau und die Luft so hell und überhaupt, es war nicht zum Aushalten, weshalb er denn bald wieder davonstief. Schließlich stand er in Meisters Atelier, wo, kaum daß er eingetreten war, auch Esther erschien.

Kilian war sehr befangen und wurde es noch mehr, als Meister erklärte, er habe einen kleinen Gang zu tun und ging. Kilian brach plötzlich los:

„Was will man eigentlich von mir? Ich weiß mir nicht mehr zu helfen!“

„Was fehlt Ihnen denn?“ frug Esther scheinbar sehr erstaunt.

Kilian war nervös an der langen Meisterwand entseugegangen. Blöhhlich blieb er stehen, deutete auf eine Kohlezeichnung, die an der Wand hing und sagte:

„So ist es mir!“

Esther zuckte die Achseln: „So ist es ihm! So ist es uns allen! Erdbebenstimmung.“

In der Zeichnung stürzten Berge gegeneinander, entseht verwehten ein paar Tannen. Erdreich und Meer gingen grenzenlos ineinander über, und trostlos schwammen Licht und Dunkelheit um eine sterbende Sonne. Auf einem letzten taumelnden Lehmstück stand ein von allem nichts begreifender Mensch mit aufgerissenen Mund, jammervoll erhobenen Händen und verbildeten in Angst und Schrecken.

Pföhllich streckte Kilian wortlos die Hand nach Esther aus. Sie nahm sie herzlich. Da packte ihn das Verlangen, sie in seine Arme zu ziehen.

Stolz, kalt, vornehm richtete sie sich auf, und Kilians Hand glitt von ihr ab. Kilian stammelte eine Entschuldigung. Dann sagte er fast zornig:

„Man soll mir doch wenigstens Klarheit geben!“

Sie frug: „Wie soll man Vertrauen zu Ihnen haben?“

Nach einiger Zeit stieß er hervor: „Fünfzigtausend Lote! Der Weg ist furchtbar!“

Esther antwortete: „Man muß das Ziel und nicht den Weg betrachten!“

Er starrte sie an. Dann sagte er: „Sie haben recht!“, erhob sich, „Adieu“ machte er noch und war davon.

wenden, aber jener gistete: „Ach, was!“, lief hinaus und schlug die Türe zu und ging so roh von ihr, als wenn sie seine leidliche Mutter gewesen wäre. . .

Er verriegelte seine Kammer und warf sich aufs Bett. So erschütterter war er nie mehr, seit er in Gens angekommen, ausgenommen vielleicht an seinem Ankunftstag. Was hatte er alles erlebt seither! Zu was hatte er es gebracht? Zu Geld! Jawohl, zu dem hatte er es gebracht! Und sonst? War das überhaupt etwas, Geld? — — Sehr lehrte er sich nach etwas ganz anderem. Nach was denn? Was denn?

Er biß die Zähne in die Lippen, aber die Lippen formten das Wort dennoch: Esther!

Aber wenn man sie begehrte, mußte man noch etwas anderes wollen! — Nichts mehr und nichts weniger als eine Welt. Eine neue Welt! Eine bessere Welt! — War es denn mit der alten so übel bestellt? — Wie denn? — Es ging einem doch ganz gut. — Aber gab es da nicht einen Tag in seinem Leben, da er auf der Kirchensfeldbrücke gestanden und an den Menschen verzweifelt war? — Und seither hier in Gens, am Bett der Gebärenden, am Grab des Säualings, war er da nicht verzweifelt an der Natur, an jener Natur, die ihm Mère Jusette in ihrer ungeheuren, unerforschbaren Gesetzmäßigkeit offenbart hatte? — Und da wollten noch Menschen hingeden, den Tod zu bezwingen, die Sterne zu betreten und die Erde vor ihrem Untergang zu bewahren? Die Menschlein, die verbildeten in Angst und Schrecken, wenn die Erde erbebt, die sollten eine neue Welt wollen? Wehe, wehe ein Sturm! Welch ein Sturm in seinem Innern! Es ging nicht! Man war ja so einsam! Vielleicht zu zweien. . . Esther! Esther! —

Da raffelte ein Wecker. Im Fiebersehweß fuhr Kilian empor. Gleich war es 11 Uhr. Im Mitternacht mußte er im Hotel Non Repos sein.

„Faites vos jeux, Messieurs“, sagte Mabel, der Spielordner. Die Goldstücke flogen von allen Seiten auf das grüne Tuch. Dasselbe Bild wie jeden Abend:

Hier und dort auf dem grünen Spieltisch Menschenhände, seine wohlgepflegte Nichtsteuerhändchen, plumpe Progen-fäuste, Knochenfinger mit Gichtknoten, dahinter schwarze Fräse, zartfarbige Seiden über Männerbäuchen und Frauenbrüsten und darüber geschminkte Lärchen, Wangenfallen, Augenwülste, Haargebirge und leuchtende Glähen und darunter glänzend und gierig lechzig, siebzig Augen, die gespannt den nervös über die Rummern hüpfenden Ball verfolgten.

(Fortsetzung folgt.)

Der Raubmord von Großbeeren.

Ein Kampf um Tod und Leben im Eisenbahnabteil.

Die letzten Tage haben die Kriminalpolizei vor eine Anzahl schwerer Aufgaben gestellt, die die Kräfte der Beamtenschaft auf die äußerste anspannen.

Von einem Schrankenwärter war beobachtet worden, daß in einem Abteil 2. Klasse des am ihm vorbeifahrenden Zuges, der um 8 Uhr 20 Minuten auf dem Anhalter Bahnhof eintraf, vor Großbeeren zwei Männer auf einen anderen einschlugen.

Auch die letzten Nachrichten über die Ermittlungen der Kriminalpolizei bringen noch keine Aufklärung.

Ein Bauer, der „das Geschäft versteht.“

Die unauffällig fortwährende Steigerung der Preise aller Lebensmittel nötigt die Großstadtbewohner, auf die Dörfer hinauszuziehen und Haus bei Haus anzufahren, ob vielleicht ein Zentner Kartoffeln oder ein halber zu erwerbenden Preis abgegeben werden kann.

nen Kart pro Zentner. Anders habe ich die Kartoffeln nicht ab.“ Bei einem derartigen Preis (am 7. September) blieb dem Familienvater nur übrig, auf den Kartoffelkauf zu verzichten.

Reichsversorgungsgesetz als solche anerkannt sind, wird, wie das Hauptversorgungsamt Berlin mitteilt, infolge Erhöhung der Leuzungszulagen für die erste Hälfte des Septembers eine Nachzahlung auf ihre Renten für September gewährt.

Die Konsum-Genossenschaft Berlin und Umgegend hat zum Donnerstag, den 13. September (heute), abends 6 Uhr, ihre Delegierten zu einer außerordentlichen Generalversammlung nach den Musterverfassungen einberufen.

Bezirksbildungsamt Groß-Berlin. Sonntag, 14. September, nach 3 Uhr im Reuen Theater am Zoo Die Bildn von Toledo von Grillparzer.

Sprechklub für proletarische Arbeiter. Heute abend 7,8 Uhr in der Aula der Sophien-Schule, Reimnisterstraße 16/17, Redungsstunden.

Preise und Löhne.

Table with 2 columns: Lebensmittelpreise in der Zentralmarkthalle am 12. 9. (in tausend Mark) and Wochenlöhne in Berlin (in tausend Mark). Lists various goods like Rindfleisch, Schweinefleisch, etc., and their prices.

Musik. Frédéric Lamond gibt am 13. September in der Harmonie seinen einzigen Beethoven-Abend.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

SSPD. Konjunktur-Konferenz-Generalsammungsbereiter. Heute, Donnerstag, den 13. September, abends 6 Uhr, Generalsammlung in den Räumen der Kaiser-Wilhelm-Straße.

- 1. Kreis. Wedding. Elternvereine der weiblichen Schulen und Elternbeiräte Donnerstags, den 13. September, 7 Uhr Vorkonferenz im Konferenzraum der weiblichen Schule, Danziger Straße 20-21.

Heute, Donnerstag, den 13. September:

- Jugendklassen. Gruppe Tempow. 7 1/2 Uhr Jugendheim, Lindenstraße 3, Vortrag über „Moderne Malerei“.

Morgen, Freitag, den 14. September:

- 13. Abt. 7 1/2 Uhr Sitzung der Kommunalen Kommission bei Grunewald, Rameziner Straße 19, Vortrag über: „Ehrl. und Erziehungsfestgen.“

- Frauenveranstaltungen am Freitag, den 14. September: 7. Kreis. Charlottenburg. 7 1/2 Uhr Sitzung der Abteilungsleiterinnen bei Schauer, Rantstraße 137, vorn 1. Tempoe.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

- 17. Abt. Unser Genosse Franz Scola, Samoschstraße 10, ist verstorben und wird am Freitag, den 14. September, nachmittags 2 Uhr im Krematorium Gedächtnisfeier stattfinden.

Sport.

Rennen zu Grunewald am Mittwoch, den 12. September.

- 1. Rennen. 1. Marc Anton (Mitsch), 2. Schudi II (Eder), 3. Sultan VIII (Borowski). Toto: 59 : 10, Platz: 23, 15 : 10.

Wetter bis Freitag mittag. Etwas kühler, im Norden feuchtwetter, bis Freitag mittag im südlichen Gebiet etwas Regen, sonst trocken und überwiegend heiter bei mäßigen westlichen Winden.

Im letzten Moment soweit Vorrat Preise steigen, nicht warten! Billig! Billig! Billig! Anzüge / Hosen Gummi - Mäntel Winter-Paletots in reicher Auswahl weit unter heutigem Herstellungspreis.

Buchh. Vorwärts Berlin SW, Lindenstr. 7. Sonntag eines Großstädtlers in der Natur. Von Kurt Grottelwitz.

Bekleidungsstücke. Wäsche usw. Auf Kredit moderne Herrenanzüge, Damenanzüge, Umarmen, Wollwaren, etc.

Musikinstrumente. Klavier, Gitarre, etc. Kaufgesuche. Klavier, Gitarre, etc.

Geldverkehr. Arbeitsmarkt. Wiener Rasterklagen-Fabrik sucht Werkmeister oder Werkzeugschlosser.

Autozubehör. Werkzeuge u. Maschinen. Unterrichts. Verschiedenes.

Deutscher Metallarbeiter-Verband. Verbandsstelle Berlin N 54, Lindenstraße 83-85.

KLEINE ANZEIGEN. Jedoch Wert 130000 M. Anzeigen für alle Arten von Kleinanzeigen.

Verkauf. Rindfleisch, Schweinefleisch, etc. Verkauf von Fleischwaren.

Verkauf. Rindfleisch, Schweinefleisch, etc. Verkauf von Fleischwaren.

Verkauf. Rindfleisch, Schweinefleisch, etc. Verkauf von Fleischwaren.

Verkauf. Rindfleisch, Schweinefleisch, etc. Verkauf von Fleischwaren.